



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

LANDTAGS NACHRICHTEN



19. März
2/2025
www.landtag-mv.de

+++ Aktuelle Stunde: Heimat gestalten – Mecklenburg-Vorpommern braucht einen Neustart
+++ Erste Lesung Nachtragshaushalt 2025 +++ Verfassungsänderung zum Schutz jüdischen Lebens
+++ Wirtschaftliche Entwicklung in M-V +++ Havarievorfall des Tankers „Eventin“
+++ Tagung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz +++ Kunstwerk im Landtag



3	AUS DEM PLENUM	Aktuelle Stunde „Heimat gestalten – Mecklenburg-Vorpommern braucht einen Neustart“ (Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD-Fraktion)
4 - 13	Auszüge aus der Originaldebatte	Nikolaus Kramer (AfD), Christian Pegel (Innenminister), Daniel Peters (CDU), Torsten Koplin (DIE LINKE), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD)
14	AUS DEM PLENUM	Landtag debattiert Bundestagsabstimmung Aussprache zur Rede der Ministerpräsidentin
15 – 20	Auszüge aus der Originaldebatte	Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin), Enrico Schult (AfD), Julian Barlen (SPD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
21 – 33	Berichte	Erste Lesung Nachtragshaushalt 2025 Verfassungsänderung zum Schutz jüdischen Lebens Sprache im Schulunterricht Künstliche Intelligenz in MV Wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern Desinformation entgegenwirken Eigenheim verwirklichen
34 – 37	Meldungen	Neue Regelung bei Ausgleich von Kita-Kosten Forderung nach mehr Klimaschutz in der Verfassung Machtwechsel in Syrien – Auswirkungen auf Migration Europäische Agrarpolitik dem Prüfstand Antrag zur inneren Sicherheit beraten Nachbesserungen der Grundsteuerreform gefordert
38	Befragung der Landesregierung	
42	Gesetzgebung	
43 – 45	Ausschüsse	Havarievorfall des Tankers „Eventin“ Situation zur Maul- und Klauenseuche (MKS) Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen in Brüssel Verfassungsänderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Schutz des jüdischen Lebens
46 – 47	Panorama	Zu Gast im EU-Parlament Kunstwerk im Landtag Europakonferenz der Landtage in Brüssel Aktionstag „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“
48	Chronik	Wussten Sie schon?

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler, Juliane Fuchs
Layout: produktionsbüro TINUS
Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 14.03



Foto: Danny Gohlke

„Heimat gestalten – Mecklenburg-Vorpommern braucht einen Neustart“

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion nutzte die Aktuelle Stunde, um im Landtag Mecklenburg-Vorpommern strengere Regeln der Zuwanderung zu fordern und den beim Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern zu thematisieren.

Die Fraktion der AfD hat einen politischen Neuanfang für MV gefordert. „Was wir überall im Land erleben, ist eine Verwaltung des Niedergangs, die lediglich mit der herrschenden linken Ideologie kompatibel gemacht wird“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Heimat gestalten – MV braucht einen Neustart.“ Die Landesregierung habe das Land auf einen zerstörerischen Kollisionskurs geführt. Kramer sprach nach den Verbrechen von Aschaffenburg und Magdeburg von einer migrationspolitischen Geislerfahrt und forderte Neuwahlen in MV.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) verwies auf die Komplexität der Probleme. Dabei stellte er infrage, ob die AfD angesichts der vielen Errungenschaften der vergangenen Jahre einen wirklichen Neustart anstrebe. Pegel betonte, dass die Zahl der Menschen, die dem Land vom Bund zugewiesen wurden, im Jahr 2024 um mehr als 2.000 unter der des Jahres 2023 gelegen habe. Dieser Trend habe sich im Januar 2025 fortgesetzt. Auch sei die Zahl der Abschiebungen deutlich gestiegen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** griff die AfD scharf an. Diese fordere den Austritt aus der EU und der NATO sowie zurück zur D-Mark. Dies würde zweieinhalb Millionen Jobs gefährden und die Wertschöpfung in Deutschland würde um 690 Milliarden Euro sinken. Er betonte, dass die AfD für die CDU kein Partner sei. „Mit extremistischen Kräften arbeiten wir nicht zusammen.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) wies auf den 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau hin. „Das wäre doch ein Thema gewesen“, sagte er in Richtung der AfD. Er verwies auf den Begriff Heimat im Thema der Aktuellen Stunde. „Heimat ist der Ort, an dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer sozialen Stellung ein Zuhause finden und sich sicher und geborgen fühlen.“

„Heimat ist für uns eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung“, betonte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**. In Deutschland lebten rund 24 Millionen Menschen mit Migrati-

onsgeschichte. Die Hälfte dieser Menschen hätten einer Umfrage zufolge Angst vor einer Massenabschiebung. „Es kann doch nicht sein, dass Menschen, die seit Jahren bei uns leben, die zu uns gehören, auf einmal Angst haben.“

„Ich mache mir Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in meiner Heimat. Tag für Tag bröckelt da was“, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**. Das habe Ursachen. „Für die Ursachen tragen wir hier gemeinsam Verantwortung.“ Es werde eine neue Ausrichtung in der Migrationspolitik benötigt. Diese Herausforderung sähen alle. „Ich glaube, es hat niemand das Gefühl, dass da nicht etwas nachgesteuert werden muss.“

„Das Thema Asyl und Migration bekommt nicht derjenige in den Griff, der am lautesten schreit und Platz eins beim Überbietungswettkampf der radikalsten Forderungen belegen will“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Alle Demokratinnen und Demokraten seien in der Verantwortung. Barlen verwies auf die Ampelregierung, die die Grenzkontrollen verschärft und die Schleuserkriminalität bekämpft habe.

■ Nikolaus Kramer, AfD

„Heimat gestalten, das bedeutet, Verantwortung für unser Land und unsere Bürger zu übernehmen.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Politisches Denken und Handeln ist stets mit Gestaltungswillen verbunden. [...] Politik ist der Raum, in dem erkannt, analysiert und gelöst werden muss. Doch genau diesen Anspruch hat die etablierte politische Klasse der Altparteien längst aufgegeben. Was wir [...] erleben, ist eine Verwaltung des Niedergangs, die lediglich mit der herrschenden linken Ideologie kompatibel gemacht wird. [...] jetzt wäre es aber an der Zeit, [...] das Ruder [...] herumzureißen.

[...] Die migrationspolitische Geisterfahrt unseres Landes ist seit Jahren bekannt, meine Damen und Herren. Die Probleme sind identifiziert, die Lösungen liegen auf der Hand. Was fehlt, ist der politische Wille.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aschaffenburg, Solingen, Mannheim und Magdeburg, meine Damen und Herren, das sind keine Kollateralschäden, sondern die Folge von bewusster Feigheit und devoter Unterwerfung unter das Paradigma des gescheiterten Projekts der Multikulti-Gesellschaft.

Man muss es hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen: Die Mütter und Väter des kleinen Yannis aus Aschaffenburg oder des 9-jährigen André aus Magdeburg weinen ihre Tränen eben auch wegen politischer Fehlentscheidungen [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben es satt, Ihre ständigen Prosareden hier anzuhören, die nichts mehr mit den gesellschaftlichen Realitäten zu tun haben, meine Damen und Herren. Die Menschen auf dem Schweriner Marienplatz sind abends eingeschüchtert, wenn Großgruppen von Talahons umherlaufen, die Bürger, die in den Rostocker Wallanlagen flanieren, spüren förmlich die Entfremdung ihrer Heimat. [...] Ich frage Sie: Wie viele Kerzen wollen Sie noch aufstellen, wie viele Betroffenheitspostings wollen Sie noch in den sozialen Medien verbreiten und wie lange wollen Sie die tatsächlichen sicherheitspolitischen Risiken der Mas-

senzuwanderung weiterhin verharmlosen und relativieren? Was glauben Sie denn, wie da draußen das Stimmungsbild ist, wenn Kinder erstochen werden, meine Damen und Herren?!

Die Fakten, die Fakten sprechen für sich: 37 Prozent der Bevölkerung halten Migration für das wichtigste politische Thema, 63 Prozent empfinden das Zusammenleben mit großen kulturellen Unterschieden als problematisch, 44 Prozent fühlen sich im öffentlichen Raum zunehmend unsicher. Eine Mehrheit fordert konsequente Abschiebung und sichere Grenzen.

[...] Die Mittel haben Sie als Landesregierung, meine Damen und Herren, selbst in der Hand. Was Ihnen fehlt, ist lediglich die Courage und die Entschlossenheit, eine solche Position auch gegenüber dem Bund selbstbewusst zu vertreten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thore Stein, AfD: Genau!)

[...] Heimat gestalten, das bedeutet, Verantwortung für unser Land und unsere Bürger zu übernehmen, das bedeutet, neben einer politischen Idee auch die Courage zu ihrer Umsetzung zu haben. Die Zeitenwende in unserem Land, sie hat schon längst begonnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thore Stein, AfD: Genau!)

[...] Meine Damen und Herren, der rot-roten Landesregierung fehlt der politische Rückhalt, [...] Sie regieren das Land nur noch aus egoistischem Machterhaltungskalkül,

(Thomas Krüger, SPD: Ach Gott!)

aber ohne politische Gestaltungsidee und ohne Durchsetzungsvermögen, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Ach Gott, oh Gott! – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Egal, ob es die evidente Migrationskrise ist, die wirtschaftliche Stagnation oder der demografische Verfall im ländlichen Raum,

(Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keine politische Kraft mehr, um dem Veränderungswillen der Bürger gerecht zu werden. Zeigen Sie dann, meine Damen und Herren, wenigstens einmal den Mut und machen den Weg frei für einen Neustart, für Neuwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, jetzt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Oh Gott, oh Gott, oh Gott, oh Gott!)

Danke schön!

■ Minister Christian Pegel

„Hören Sie auf, alle Menschen zu verunsichern!“



Foto: Danny Gohlke

[...] Sie wollten ja Mutter Courage am Rednerpult sein. [...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD,
Sebastian Ehlers, CDU, und
Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

Ich glaube, dass mehr als ein starkes Wort dazu gehört, couragiert zu sein. Und vielleicht ist es manchmal auch couragiert in Zeiten, wo Populisten in der Tat ein Stück weit Themen in eine Richtung drängen, die von sehr kurzen Thesen geprägt ist, trotzdem die Mühe und den Mut zu haben, zu sagen, es gibt immer eine komplexere Antwort, leider,

*(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Michael Meister, AfD)*

die Welt ist schwieriger, als Sie sie sehen möchten. [...] Neustart – was will der Dichter mir damit sagen?

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Heißt Neustart, endlich Ende mit der beitragsfreien Kita, in dem die Eltern in diesem Land mehr Netto vom Brutto hatten? [...]

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Wir haben über die Verhältnisse
gelebt, deshalb ist die Situation so.)*

[...] Heißt das, Seniorenticket und Azubi-Ticket um 20 Prozent im Preis zu ermäßigen gegenüber dem Deutschlandticket, das rückabzuwickeln? [...]

*(Enrico Schult, AfD: Die Argumente
sind aber sehr dünn, Herr Pegel. –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

[...] Ein 15-Millionen-Euro-Paket[...], um neue Feuerwehrauf Fahrzeuge [...] in die jeweiligen Gerätehäuser zu bringen, heißt das, wir holen die 310 wieder ab? [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Was heißt denn Kraftlosigkeit von Bund und Land? Sind das die 2,6 Milliarden Euro [...], die Bund und Land seit 1991 [...] im Rahmen der Städtebauförderung zusammen mit den Kommunen investiert haben [...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sagen Sie noch mal,
wofür Sie noch überall Geld ausgeben!)*

[...] Einen solchen Neustart,

*(Horst Förster, AfD: Jedenfalls nicht
ein „So weiter“, Herr Pegel!)*

bin ich mir sicher, werden Sie nicht breitenwirksam machen [...]

[...] Sie stellen ab auf Zugangszahlen im Bereich Flucht, Asyl und Migration. Wie hoch waren die Zahlen 2024?

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Kurz vor Silvester, Mitternacht, hatten wir 3.947 Menschen [...]

*(Horst Förster, AfD: Und wie viele Abgeschobene
sind zurückgekommen zum Beispiel?)*

[...] 2023 Silvester waren wir bei 6.024.

*(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hört, hört!)*

[...] selbst 22 [...] Mitte November [...] waren es mit 4.188 immer noch deutlich mehr

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja,
Herr Pegel, zur Wende waren wir bei unter
3 Prozent, jetzt sind wir bei 13 Prozent.)*

[...] Jetzt gucken wir mal in die ersten vier Wochen 25 [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...]

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das sind zu viele,
Herr Pegel, das summiert sich.)*

199 Menschen haben Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Wie viele waren es Ende der vierten Woche 2024? 297. [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Dann ist ja alles gut!)*

wir haben einen relativ hohen Sockel,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist also die Antwort auf Aschaffenburg. – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Stephan J. Reuken, AfD)

den wir aus den Vorjahren mitbringen. Deswegen ist die Unterbringungssituation bei den kommunalen Beteiligten weiterhin angespannt.

(Horst Förster, AfD: „Angespannt“ ist ja ein Witz.)

[...] die Maßnahmen der Bundesregierung, die Grenzkontrollen, die eingeführt worden sind,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Warum zwingt Sie denn Schwerin zum Neubau einer weiteren Unterkunft, wenn es denn so wenig sind?)

[...] macht sich in den Zahlen positiv bemerkbar. Das zeigt, dass man reagiert,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

ohne überzureagieren [...]

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Minister!

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD, ich habe mir das jetzt lange angehört. Sie können sehr wohl Zwischenrufe tätigen, aber nicht bitte permanent dazwischenrufen. Es fällt mir sehr schwer, dem Redner zu folgen, und zumindest ich möchte gerne zuhören.

Bitte, Herr Minister, Sie haben wieder das Wort!

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wir hören auch zu.)

Minister Christian Pegel: [...] ich schaue auch gerne auf die Abschiebungen, weil die eben erfragt waren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Welche denn?)

Jede einzelne der 390 Abschiebungen, die wir 2024 in diesem Lande durchgeführt haben, damit im Übrigen das erste Mal seit 2018 wieder mehr als eine Abschiebung pro Tag [...]

[...] die Kurve geht in die richtige Richtung. [...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Einen afghanischen schweren Straftäter haben wir letztes Jahr zurückgeführt. Ich gehe davon aus, dass wir bei Straftätern, schweren Straftätern und Gefährdern in beiden Ländern

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wollen Sie jetzt mit Syrien und Afghanistan diplomatisch verhandeln, oder nicht?)

in den kommenden Monaten noch einmal deutlich Veränderungen sehen werden. [...] Im Übrigen, 459 Menschen sind freiwillig ausgereist.

[...] Bin mal gespannt [...], ob der Bund dann die Konsequenz besitzt,

(Horst Förster, AfD: Viele von ihnen kommen wieder zurück.)

die Abschiebungsvorgehensweisen vollständig bei sich in der Zuständigkeit zu polen. [...] Die Schnittstellen schreien danach[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hätten Sie doch alles machen können, haben Sie nicht.)

[...] Aschaffenburg ist im Übrigen ähnlich wie Magdeburg[...] – in beiden Fällen haben wir Menschen mit erheblichen, offenbar psychischen Schwierigkeiten, die dann zu schwersten Straftaten greifen.

[...] gelingt es uns, Datenbanken anzulegen, [...] die den Zusammenhang zwischen einer Straftat oder einer anderen Form von Störsituation [...], die mit einer psychischen Auffälligkeit zusammengebracht werden kann [...]

Die Innenministerinnen und Innenminister waren sich einig [...] wir benötigen das, aber dann werden wir gemeinsam auch die Konsequenz besitzen müssen, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen[...] Und im Zweifel [...] sogar das Grundgesetz [...] anpassen [...] Das gilt dann aber für jeden,

(Horst Förster, AfD: Das sind doch keine neuen Probleme, Herr Pegel.)

egal, ob deutscher oder nicht deutscher Herkunft.

(Horst Förster, AfD: Das haben Sie seit Jahren versäumt.)

[...] die Fachkräftezuwanderung[...] ist ausdrücklicher Wunsch der Wirtschaft, deren Bitte ist: Hören Sie auf, alle Menschen zu verunsichern! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

■ Daniel Peters, CDU



Foto: Danny Gohlke

Ich habe sehr deutlich vernommen, dass es aus Ihren Reihen nicht den wirklichen Wunsch gibt und auch nicht den politischen Willen, tatsächlich zu einer Veränderung in der Migrationskrise zu kommen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)*

Die GRÜNEN beschließen auf dem Bundesparteitag einen noch vereinfachten Familiennachzug, genau das Gegenteil von dem, was erforderlich ist.

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Herr Pegel stellt sich hier hin mit einigen Statistiken und will uns weismachen, das Problem sei gar nicht so groß.

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Herr Pegel, ich will Ihnen noch mal zurufen, das Verhältnis von Abschiebung zu Zuzug ist eins zu zehn. Auf jede Abschiebung kommen zehn neue, und das, wollen Sie uns hier erklären, sei kein Anlass zur Sorge und zur Diskussion?!

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist ja übelster Populismus.)*

[...]

Und eins will ich noch deutlich sagen, ich kann diesem aufgeblasenen Getöse der linksgrünen Funktionärswelt wirklich nichts mehr abgewinnen. Es ist schlimm, dass Sie es ignorieren, dass die meisten Ihrer Wähler unseren Vorschlägen zustimmen würden. Und ich finde es auch erstaunlich, dass Sie die Dinge, die Olaf Scholz einstmals gesagt hat, völlig negieren, der im August 2023 sagte, auch zur aktuellen Debatte passend: „Niemand sollte sich davon abhängig machen, wie die AfD abstimmt.“ Da hat er recht. Wahrscheinlich kann er sich aber an diese Aussage nicht mehr erinnern, meine Damen und Herren.

[...]

Und ja, da geht es um die Sicherheits- und auch Migrationspolitik, aber vor allem auch um die Wirtschaftspolitik, und diese braucht Vorrang in unserem Land. Es braucht ein Belastungsmoratorium für alle, weg mit dem neuen Vergabegesetz. Wir brauchen eine Reduzierung von Gesetzen und Verordnungen,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP
und Sabine Enseleit, CDU)*

unnötige Bürokratie muss weg, meine Damen und Herren. Den Feiertag, den wir zusätzlich bekommen haben, sollten wir mindestens für drei Jahre aussetzen. Wir brauchen eine ideologiefreie Politik.

[...]

Die Politik gegen den ländlichen Raum muss endlich aufhören in allen Politikfeldern. Setzen Sie sich bitte dafür ein! Sprechen Sie mit Karl Lauterbach, der gerade dabei ist, das Krankenhaussterben in Mecklenburg-Vorpommern einzuleiten!

(Heiterkeit bei Marcel Falk, SPD)

Arbeiten Sie an der Modernisierung der Verwaltung, nicht an aufgeblähten Strukturen, sondern an modernen Konzepten mit Künstlicher Intelligenz, mit echter Digitalisierung und vor allem mit vereinfachten Entscheidungswegen, meine Damen und Herren! Trauen Sie den Menschen, der Wirtschaft, aber insgesamt allen mehr zu! Denn das haben die Menschen tatsächlich verdient und keine Gängelung.

Ein letzter Punkt, und der betrifft Sie, Frau Schwesig: Ich habe Sie in den letzten drei Jahren in dieser Ampelzeit so wahrgenommen, dass Sie an vielen, vielen Politikstellen immer wieder auch kritisiert haben, die Ampel kritisiert haben, und oftmals auch mit Recht. Aber es ist die gleiche Ministerpräsidentin, die jetzt dazu aufruft, diesen Kanzler wiederzuwählen, der in den letzten drei Jahren Hauptverantwortung getragen hat. Es war natürlich auch die GRÜNEN-Fraktion, die GRÜNEN-Partei und auch die FDP, aber so zu tun, als hätte man mit dem gar nichts zu tun,

■ Torsten Koplín, DIE LINKE

„Wer die AfD wählt,
gefährdet unsere Heimat“



Foto: Danny Gohlke

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

[...] Heimat ist der Ort, an dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer sozialen Stellung ein Zuhause finden und sich sicher und geborgen fühlen können. Es ist ein solidarischer Raum, geprägt von Vielfalt, sozialer Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt.

(Thore Stein, AfD: Ja.)

Über eine solche Heimat haben Sie nicht gesprochen.

(Thore Stein, AfD: Ja, das ist Ihre Definition.)

Sie haben über viel, über Migration gesprochen, und das Notwendige – dafür herzlichen Dank – hat Innenminister Pögel gesagt.

Was ich dem noch hinzufügen möchte, ist etwas, wir sind alle erschüttert von diesen Gewalttaten und wir ächten diese Gewalttaten ganz klar.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Aber Sie verherrlichen sie mit Ihrer Politik.)

Was Sie, was Sie aber machen, das finde ich geradezu perfide.

(Horst Förster, AfD: Das ist doch lächerlich.)

Sie instrumentalisieren die Opfer, Sie instrumentalisieren die Gewalttaten,

auf dem Rücken der Betroffenen machen Sie Politik!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Das ist abgrundtief zu verachten, das sage ich Ihnen.

(Stephan J. Reuken, AfD: Das ist heuchlerisch.)

[...] Was blüht den Menschen, wenn die AfD hier neu starten

oder überhaupt starten würde? Was würde mit unserer Heimat passieren?

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Sie würde zur Unkenntlichkeit entstellt, sie würde beschädigt.

(Zuruf von Petra Federau, AfD)

Sie sind eine Gefahr für dieses Land, für die Heimat, für Mecklenburg-Vorpommern!

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Stephan J. Reuken, AfD)

[...] Zur Heimat gehört die Gewissheit, dass man im entsprechenden Fall in der Nähe qualitativ hochwertige medizinische Versorgung erhält. Die AfD – Sie erinnern sich sicherlich – hat vor nicht allzu langer Zeit vorgeschlagen, hier für Mecklenburg-Vorpommern ein Register für ausländische Ärztinnen und Ärzte einzurichten. Also wer da keinen astreinen Stammbaum hat, der muss das Land verlassen.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Zur Heimat gehört auch, dass Lebensrisiken abgesichert werden. Und zumindest ansatzweise hat die AfD hier im Haus immer mal wieder deutlich gemacht, wie sie sich Sozialpolitik vorstellt. Absicherung sozialer Risiken, wie zum Beispiel im Fall der Rente: Privatsache.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

In Fällen von Arbeitslosigkeit – das ist Ihrem Programm zu entnehmen –: wer vier Jahre Arbeitslosigkeit, erst dann gibt es Arbeitslosengeld.

(Enrico Schult, AfD: Da haben Sie auch wieder nicht richtig gelesen, Herr Koplín. Das sollten Sie noch mal nachlesen. Sie erzählen hier Unsinn!)

[...] Die AfD steht für das Zerreißen sozialer Sicherungssysteme.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Und ich finde auch, dass die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes wissen sollten, wie es den Künstlerinnen und Künstlern ergehen wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Vielleicht können Sie sich noch an die spannende Debatte erinnern, Kunstjahr 2024, da gab es sehr interessante Redebeiträge: Frau Hegenkötter, Elke-Annette Schmidt, weitere aus dem demokratischen Spektrum. Interessant ist die Rede von Herrn Stein gewesen. Aus der lässt sich – ich habe mir das

gleich noch mehrfach angeguckt –,

(Thore Stein, AfD: Welche?)

lässt sich entnehmen, also genehm ist für die AfD die patriotisch-vaterländische Kunst. Alles, was da – diese Worte haben Sie mehrfach gebraucht –,

(Thore Stein, AfD: Nein, habe ich nicht.)

alles, was da nicht reinpasst, das gilt als degenerative Kultur der Neuzeit.

[...] Und ich finde, auch die Journalistinnen und Journalisten – schönen Gruß ans NDR-Funkhaus in Hamburg! –, die sollten wissen, wer zukünftig, wenn die AfD am Ruder wäre, nicht genehme Beiträge liefert, also schmeichelhafte für die AfD-Granden, der wird wegreformiert.

Ja, wegreformiert werden diejenigen.

(Enrico Schult, AfD: So ein Lügen...!)

Und dann, sehr geehrte Damen und Herren,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

können diejenigen sich allenfalls noch im Internet als Influencerinnen und Influencer betätigen, wenn Elon Musk sie lässt.

(Enrico Schult, AfD: Es ist unglaublich, Herr Koplín! Dass Sie sich gar nicht dafür schämen, was Sie hier vortragen! Dafür sollten Sie sich schämen!)

Mit denen sind Sie ja Big Buddy,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Paul-Joachim Timm, AfD)

was darauf hinweist, wessen Interessen Ihnen wichtig sind, die Interessen der Techmilliardäre, nicht die der kleinen Leute.

(allgemeine Unruhe)

Und ich finde, die Unternehmerinnen und Unternehmer sollten das wissen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zurufe von Petra Federau, AfD, und Paul-Joachim Timm, AfD)

[...] Elon Musk ist ja Ihr, ich sage mal, makabres Idol.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das ist Ihr neues Feindbild.)

Wenn es dem zu bunt wird und nicht zu braun, dann geht es

ab in der Rakete in eine andere Welt.

(Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

Sie können allenfalls noch mit blauen Fähnchen hinterherwinken.

[...] wer die AfD wählt – das sollen die Bürgerinnen und Bürger wissen –, schadet der Heimat, der gefährdet unsere Heimat.

Wer die AfD wählt, schadet am Ende sich selber, sehr geehrte Damen und Herren. Kein Fußbreit den Faschisten! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Federau, AfD: Boah!)

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Über Heimat und Teilhabe hat Romani Rose [...] vor ein paar Jahren geschrieben, ich zitiere: „Für uns deutsche Sinti und Roma stellte sich die Frage nach Identität und Heimat nach den unfassbaren Gräueln der Nationalsozialisten an unserer Minderheit auf eine ganz neue Weise. [...] Wir wollen und müssen an unserer Gesellschaft aktiv teilnehmen. Diese gleichberechtigte Teilhabe muss immer wieder eingefordert werden, aber sie ist Voraussetzung für unseren Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft.“

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und für diese offene Gesellschaft

Zuruf von Petra Federau, AfD)

setzt meine Fraktion sich ein.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Heimat [...] ist für uns eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung. In Deutschland leben rund 24 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Nikolaus Kramer ist einer davon.)*

Sie machen 29 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. [...] Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen. [...] Wir können es uns nicht leisten, dass gut ausgebildete Fachkräfte gar nicht erst zu uns kommen

*(Zurufe von Horst Förster, AfD,
Michael Meister, AfD, Paul-Joachim Timm, AfD,
und René Domke, FDP)*

oder dieses Land nach kurzer Zeit wieder verlassen, weil sie sich nicht wohlfühlen bei uns.

*(Michael Meister, AfD, und
Paul-Joachim Timm, AfD: Ja.)*

Doch was machen AfD und CDU? Fordern eine Einschränkung

des Familiennachzuges und [...] eine Zurücknahme der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes. [...]

Heimat bedeutet für uns eine verlässliche soziale Sicherung. [...] Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe. [...] Deswegen hat die Koalition [...] auf Bundesebene das Arbeitslosengeld II [...] durch das Bürgergeld ersetzt. Doch [...] Leistungen für Bürgergeldempfänger/-innen will die AfD stark einschränken. [...] Dass das Bürgergeld vor Armut schützt und die Teilhabe [...] an unserer Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht, interessiert die AfD nicht. [...]

Ohne Klimaschutz wird unsere Heimat nicht so bleiben, wie sie ist. Wie jüngst Daten des [...] Erdbeobachtungsprogramms Copernicus gezeigt haben, lag die Erderwärmung im vergangenen Jahr erstmals über 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass [...] die Überschreitung unumkehrbarer Kippunkte droht, wie etwa [...] das abrupte Auftauen der Permafrostböden

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und was taucht darunter auf?)*

sowie der Schwund des [...] Westantarktischen Eisschildes, die ihrerseits jeweils die globalen Lebensbedingungen gefährden.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Auch unsere Heimat [...] ist von den Folgen des globalen [...] Klimawandels [...] betroffen, etwa durch [...] den Rückgang der Grundwasserbestände durch sommerliche Dürren [...] oder den Rückgang der Heringsbestände im Greifswalder Bodden. Damit stellt der Klimawandel auch in Mecklenburg-Vorpommern eine [...] Bedrohung für Gesundheit, Leben, Wirtschaft und Wohlstand dar.

Deswegen sagen wir Bündnisgrüne, wir müssen unsere Heimat schützen. Unser Land braucht ein Klimaschutzgesetz, und zwar jetzt!

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie wollen doch nur
noch tiefer in die Taschen greifen der Bürger, weil
Ihnen das Geld nie reicht für Ihre Projekte.)*

[...] Heimat ist für uns auch eine starke Wirtschaft

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber doch nicht mit Ihnen!)*

mit sicheren und gut bezahlten Jobs. Viele Unternehmen sind längst startklar, um unter den Rahmenbedingungen, die ein gut gemachtes Klimaschutzgesetz bieten würde, zügig zu investieren.

*(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und René Domke, FDP)*

Dadurch könnten mehrere 10.000 neue Arbeitsplätze bei uns im Land entstehen. [...] Die AfD legt es demgegenüber darauf an, die Wirtschaft zu zerstören.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Nach dem von der AfD geforderten Austritt Deutschlands aus der EU

*(Enrico Schult, AfD: Das stimmt doch so gar nicht!
Lesen Sie doch mal nach, Mensch! Meine Güte!)*

[...] wäre [...] innerhalb von fünf Jahren mit einem Verlust von 5,6 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen, was etwa 690 Milliarden Euro entspräche. Zudem könnten im selben Zeitraum rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze verlorengehen. Dem treten wir Bündnisgrüne entschieden entgegen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Unseriös!)*

Heimat bedeutet für uns auch [...] bezahlbare Mobilität für alle.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Durch den Rufbus? –
Zuruf von René Domke, FDP)*

Wir Bündnisgrüne wollen den öffentlichen Personennahverkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltags-taugliche Alternative zum Auto wird. [...]

Romani Rose sagte vor gut einem Jahr hier im Landtag [...]: „Heute [...] müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Rechtspopulisten in Deutschland gegen Minderheiten hetzen und die Werte des demokratischen Rechtsstaats [...] auszuhebeln versuchen. Die NS-Ideologie von einer ‚Herrenrasse‘ hatte Europa und Deutschland einst in den Abgrund gerissen. Damit dies nie wieder geschieht, braucht es eine wehrhafte Demokratie.“

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben doch Angst vor der Demokratie!)*

Die anwesenden Gäste spendeten stehend Beifall. Die Einzigen, die sitzen blieben, waren die Abgeordneten der AfD-Fraktion.

Entlarvender hätte die Situation kaum sein können.

Die AfD wendet sich gegen zentrale Prinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. [...] Dass im Bundestag

(Beifall und Zuruf von Thore Stein, AfD)

nun die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens beantragt wurde, können wir nur begrüßen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

■ René Domke, FDP



Foto: Danny Gohlke

René Domke, FDP: [...] ich mache mir Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in meiner Heimat. Tag für Tag bröckelt da was, und das, [...] hat Ursachen, und für diese Ursachen tragen wir hier gemeinsam Verantwortung.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Rot-Rot eher nicht.)

[...] Heimat hat man nie für sich ganz allein. Heimat bezieht immer andere mit ein [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wie die GRÜNEN!)*

[...] wir werden [...] über Aschaffenburg reden müssen, über diese Gräueltaten. Wir werden darüber reden müssen, dass wir eine neue Ausrichtung in der Migrationspolitik brauchen. [...]

[...] es geht uns immer um Rechtsstaatlichkeit, um Sicherheit und Ordnung und um das Zusammenspiel mit humanitärer Verantwortung. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP,
Daniel Peters, CDU, und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...]

Die Massenfluchtbewegung von 2015 und 2016: Natürlich stand die humanitäre Hilfe im Vordergrund, aber es hat sich auch eine schnelle Überforderung der staatlichen Strukturen gezeigt. [...]

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Die Ansätze gab es immer.)*

[...]

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Das kommt dabei heraus, wenn man den Staat kaputtspart.)

[...] Die Bearbeitungszeiten schnellten hoch, die Angebote für die Integration, sie fehlen bis heute. [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Natürlich werden die angeboten,
die werden nur nicht genutzt richtig.)*

[...] Und dafür trägt auch Rot-Rot Verantwortung in diesem Land [...].

Wenn man den Schengenraum [...] als Errungenschaft erhalten will – und ich muss ganz ehrlich sagen, das hat meinen Heimatbegriff deutlich erweitert, [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und Katy Hoffmeister, CDU)*

dann muss aber die EU konsequent die Außengrenzen auch besser schützen. [...]

Wenn man traumatisierte Kriegsflüchtlinge [...] aufnehmen will, dann muss man die Kapazitäten vorhalten oder schaffen, dass eine fachkundige Begleitung und Betreuung gewährleistet sind. Wir haben doch viele Fälle jetzt erlebt, wo genau das nicht funktioniert hat. [...] Die Antwort müssen wir doch geben und nicht die Menschen draußen. [...]

Es ist auch keine neue Erkenntnis, dass es radikale Straftäter, Gefährder oder Fanatiker gibt [...]. waren unsere Behörden darauf eingestellt? Jedes Mal stellen wir fest, dass der Datenaustausch nicht richtig funktioniert hat [...]. Das muss [...] gelöst werden. [...]

Es geht darum, dass die Menschen von uns erwarten, dass elementare Fragen erst geklärt werden und wir nicht immer warten, bis uns die Probleme über den Kopf wachsen. [...]

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP,
Thomas Krüger, SPD, und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Wir müssen diese Debatten führen. Die Menschen haben nicht mehr das Gefühl, dass es um ihre Heimat geht. Sie haben nicht mehr das Gefühl, dass es um ihre Lebenswirklichkeit geht. Wir müssen Dinge lösen: Mobilitätssicherung. Und das geht nicht, indem ich einfach den Verbrenner verbiete und noch kein anderes Angebot geschaffen habe. Es geht darum, die Wirtschaft endlich zu befreien, zu entfesseln [...], und es geht darum, dass die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum, das ist für viele hier wirklich der Inbegriff von Heimat, sichergestellt ist.

Das treibt die Menschen um, darüber müssen wir reden, darüber müssen wir streiten. [...]

*(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Julian Barlen, SPD: Die Relativierung
am Ende war jetzt noch mal wichtig.)*

■ Julian Barlen, SPD



Foto: Danny Gohlke

Julian Barlen, SPD: [...] Sehr geehrte Frau Präsidentin, [...] Wenn man sich die Rede von Herrn Kramer so anhört, hätte der Titel nicht „Heimat gestalten“, sondern wahrscheinlich lieber „MV spalten – [...] AfD als Chancentod für unser Land“ hier lauten sollen [...]

[...] Es ist [...] viel über die abscheuliche Tat in Aschaffenburg gesprochen worden, und auch ich möchte [...] sagen, wir empfinden Trauer [...]. Dieser heimtückische Mord [...] verlangt nach einer harten rechtsstaatlichen Antwort. Und den Verletzten,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Das verhindern Sie ja.)*

darunter ein weiteres zweijähriges Mädchen, das mit der Familie aus Syrien gekommen ist, wahrscheinlich, um in Aschaffenburg eine sichere Heimat zu finden, [...].

Diese grausame [...] Tat hat die Debatte in unserem Land massiv zugespitzt. Das geht tief in die Familien [...] hinein.

[...]

Ich will in vier Aussagen versuchen etwas zu sortieren, was hier an Themen und [...] Ungeheuerlichkeiten präsentiert worden ist.

Erste Aussage: Das Thema Asyl und Migration bekommt nicht derjenige in den Griff, der [...] Platz 1 beim Überbietungswettbewerb der radikalsten Forderungen belegen will. Vielmehr [...] sind alle Demokraten [...] gefragt [...].

[...] Gleich vorweg mal die Klarstellung: Niemand sagt angesichts dieser Gewalttaten, alles sei in Ordnung, alles könne so bleiben.

Da kenne ich keinen, der das tut. [...] Wir haben immer klar gesagt, dass es gelingen muss, [...] Humanität,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Mehr nicht! –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

rechtsstaatliche Ordnung und Sicherheit und die Anerkennung des praktisch Leistbaren vor Ort in Einklang zu bringen.

[...] Zur Wahrheit gehört, dass in den letzten drei Jahren entschlossen gehandelt wurde [...]. Die Bundesregierung hat die Grenzkontrollen verschärft, hat Rückführungen erhöht, hat die Schleuserkriminalität bekämpft. Die Zahl der Anträge ist [...] um ein Drittel gesunken. [...]

[...] [Ich] komme zur zweiten Aussage. Es ist abzulehnen, diese schrecklichen, [...] Taten [...] für einen Generalangriff auf alles Fremde zu missbrauchen. [...]

[...] Und bei aller Empörung, so ein Verhalten ist weder empirisch noch moralisch vertretbar [...]

[Nun] [...] zu meiner dritten Aussage [...]: Wir erleben gerade die Kernschmelze der Wertebasis von CDU und CSU. Es ist [...] inakzeptabel

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Scheindebatten! Alles Scheindebatten! –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

und ein Demokratieverrat, die Brandmauer zum Rechtsextremismus aus parteitaktischem Kalkül einzureißen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU –
Glocke der Präsidentin)*

[...]

Es ist die AfD, [...] die den Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ einordnet. Und das geht nicht!

Herr Merz hat immer beteuert [...] dass niemals mit der AfD zusammengearbeitet wird.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja.)

Doch seine jüngsten [...] Äußerungen offenbaren das Gegenteil.

Herr Merz von der CDU macht sich zum Steigbügelhalter der AfD, [...] das ist ein inakzeptabler Dammbruch [...] Und die Drohung, mit radikalen Populisten zu kooperieren, ist eines CDU-Kanzlerkandidaten unwürdig.

[...] Vierte Aussage:

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es ist grundfalsch, der AfD den Gefallen zu tun, den Wahlkampf auf Migration [...] zu beschränken.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das interessiert die Menschen doch gar nicht.)

Die AfD freut sich, wenn ihr soziales,

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Die Menschen freuen sich, wenn endlich mal Veränderung ermöglicht wird.)*

wenn ihr wirtschaftliches Unvermögen unbeachtet bleibt.

Ein paar Beispiele: [...] Stichwort „gute Löhne“: Wir stärken die Tarifbindung, wir stärken Mindestlöhne, wir setzen auf die höchste Investitionsquote in Deutschland.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie wollen die Deindustrialisierung.)

Die AfD hingegen ist gegen Mindestlöhne, gegen das Tarifvergabegesetz und sie gefährdet [...] die soziale Absicherung [...] im Alter [...].

Stichwort „Rente“: Wir garantieren eine sichere Rente und die AfD bietet keine Garantie

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Erzählen Sie das mal den Rentnern!)*

für einen stabilen Renteneintritt. [...] Kann also auch gut und gerne mal sein, dass man mit der AfD erst mit 70 Jahren in Rente geht.

[...]

Studien wie die des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigen, bei der AfD profitieren nur Spitzenverdiener. [...] Die AfD nimmt den Armen, um den Reichen zu geben. Das ist eine Partei, die die Ungleichheit verschärft, statt sie zu bekämpfen.

[...]

Die [Menschen] brauchen keine Parolen, sie brauchen [...] echte Lösungen. [...]

Landtag debattiert Bundestagsabstimmung

intensive und hitzige Debatten im Nachgang der Rede Ministerpräsidentin

Am 29. Januar 2025 nahm der Deutsche Bundestag einen von der CDU/CSU-Fraktion eingereichten Entschließungsantrag zur Verschärfung der Migrationspolitik mit Unterstützung von AfD und FDP an. Am Tag darauf ergriff Ministerpräsidentin Manuela Schwesig das Wort und verurteilte diesen Vorgang scharf. In der anschließenden, von den Fraktionen geforderten Debatte trafen die unterschiedlichen Positionen aufeinander.

Bislang galt der Konsens der „demokratischen Mitte“, keine Anträge mit Unterstützung von „Rechtspopulisten und Rechtsextremisten“ einzubringen, rief Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) in Erinnerung. Das Bundestagsergebnis stelle einen „schweren Tabubruch“, einen „schwarzen Tag“ für die Demokratie dar. Sie appellierte an Friedrich Merz (CDU), keine Wiederholung zu erlauben, und schloss für MV eine Zusammenarbeit mit der AfD aus.

Der Ministerpräsidentin stehe nicht zu, in eine „demokratische Entscheidung des Bundestages“ einzugreifen, wies **Enrico Schult** (AfD) die Vorwürfe zurück. Er warf Manuela Schwesig „Eitelkeit“, „Geltungsbedürfnis“ und „Machterhalt“ vor. Wenn sich ein Viertel der Wähler in Deutschland rechtskonservativ orientiere, fordere dies Veränderung und Entscheidungen ohne parteipolitisches Kalkül. „Genau das ist gestern passiert.“

Der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) dankte der Ministerpräsidentin für ihre „klaren Worte“. Erstmals seit 1949 formierte sich im Deutschen Bundestag eine Mehrheit gegen die demokratische Mitte. Das empfinde die Sozialdemokratie als „Dammbruch“, als einen fundamentalen „Verrat“. Das Spiel mit „Machtoptionen“ jenseits der demokratischen Mitte sei „mit Blick auf die Geschichte Deutschlands ein Blick in die Hölle“.

Der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) prangerte den Missbrauch des Landtags für eine „billige Wahlkampfrede“ der Ministerpräsidentin an. Die CDU lasse sich von keiner Partei verbieten, welche inhaltlichen Anträge gestellt würden, besonders dann nicht, wenn sie von „einer großen gesellschaftlichen Mehrheit nachweislich unterstützt werden“.

Jegliche Unterstellung einer Zusammenarbeit mit der AfD wies er zurück. Noch vor Kurzem habe Friedrich Merz eine Zusammenarbeit mit der AfD „kategorisch ausgeschlossen“, wurde die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) deutlich. Sein Wortbruch habe „unsere Demokratie betrogen“. Sie verglich die AfD-Strategie mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, die in ein Ende der parlamentarischen Demokratie mündete. Darum rief sie auf: „Wehret den Anfängen - keinen Millimeter nach rechts!“

Im Bundestag habe nicht nur hinsichtlich des verfassungs- und europarechtswidrigen Inhalts des Entschließungsantrags eine „Zäsur“ stattgefunden, pflichtete die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehrich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bei. Es erschüttere sie und stoße sie ab, dass CDU und FDP den Konsens zum Ausschluss einer Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien „mit Ansage“ verlassen haben. Das dürfe nie wieder vorkommen.

Der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) missbilligte den Versuch der Ministerpräsidentin, eine „dringende“ Sachdebatte in eine „emotionale Auseinandersetzung“ zum Umgang mit der AfD „umzudeuten“. Zahlreiche Landtagsanträge der FDP zur Thematik seien stets „weggewischt worden“. Diese Verhinderung helfe dem Erstarken der AfD. Ansonsten verfüge die FDP über „einen gesunden Wertekompass“ und brauche „keine Belehrung“, egal aus welcher Richtung.

Weiterhin sprachen: **Michael Noetzel** (DIE LINKE), **Horst Förster** (AfD), **Thomas Krüger** (SPD), **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), **Dr. Anna-Konstanze Schröder** (SPD), **Torsten Renz** (CDU) und in seiner Funktion als Abgeordneter **Christian Pegel** (SPD).



Fraktionen DIE LINKE & SPD



Nikolaus Kramer, AfD



David Wulff, FDP



Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Torsten Renz, CDU



Thomas Krüger, SPD

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin



Foto: Danny Gohlke

[...] Ich melde mich zu Wort, weil ich finde, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Es hat am gestrigen Tag in Deutschland einen Wortbruch gegeben und einen schweren Tabubruch.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat es gestern eine Mehrheit im Deutschen Bundestag mit einer zumindest in Teilen gesichert rechtsextremen Partei gegeben. Und deshalb war es gestern ein schwarzer Tag für die Bundesrepublik Deutschland und ein schwarzer Tag für unsere Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im letzten Jahr „75 Jahre Grundgesetz“ gefeiert und sind stolz auf die Demokratie, die wir in Deutschland haben. [...] es ist bisher Konsens in der demokratischen Mitte gewesen, dass man keine gemeinsame Sache macht mit Parteien, die zumindest in Teilen als gesichert rechtsextrem gelten.

Noch im November 2024, [...], hat Friedrich Merz im Deutschen Bundestag [...] versprochen, nur Anträge einzubringen, wo klar ist, dass es eine Mehrheit aus der demokratischen Mitte gibt und wo man nicht für eine Mehrheit die Stimmen der AfD braucht. Dieses Wort hat Friedrich Merz gestern mit Ansage bewusst gebrochen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Eine Schande!)

Es ist ein Wortbruch, ein schwerer Tabubruch und ein schwerer Schaden für unsere Demokratie.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist nicht Ihre Demokratie,
sondern die der Bürger in Deutschland.)*

Ich [...] habe [...]

sowohl in den verschiedenen Landesregierungen mit der Union als auch in der Bundesregierung mit der Union immer mit aufrichtigen Christdemokraten dafür gekämpft, dass

unsere Demokratie gestärkt wird und dass wir Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zurückdrängen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nee, Sie haben sie geschwächt
und ausgehöhlt, Frau Schwesig.)*

Und deshalb haben sich auch die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten [...] in einem Brief an unsere CDU-Kollegen gewandt, an die Kollegen wie Hendrik Wüst, die ja selbst bei der AfD, Zitat, von „Nazi-Partei“ sprechen.

Ich appelliere an Herrn Merz:

(Marc Reinhardt, CDU: Was ist das für ein Schwachsinn, den Sie hier reden?!)

Es darf keine Mehrheiten jenseits der demokratischen Mitte geben.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)*

Wir müssen immer schwere Entscheidungen fällen. [...] Und ich finde es besser, bis tief in die Nacht zu verhandeln,

(Marc Reinhardt, CDU: Ja, das hätten Sie ja machen können.)

als nicht zu reden und dann mit der AfD, mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, gemeinsame Sache zu machen. Wir müssen in der Lage sein, in der demokratischen Mitte Mehrheiten auszuloten.

Das ist elementar für die Demokratie. Der Konsens ist die Stärke unserer Demokratie. [...]

*(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Ich habe großen Respekt vor meinem Amtskollegen Daniel Günther, dem CDU-Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, der sich [...] in Schleswig-Holstein klar für Kompromisse zwischen den demokratischen Parteien [...] und gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen hat.

Diesem Appell [...] schließe ich mich ausdrücklich an. Es war immer eine Stärke der Bundesrepublik Deutschland, dass die demokratischen Parteien in großen Fragen Kompromisse gesucht und auch gefunden haben. Das muss auch in Zukunft gelten.

[...], am gestrigen Tage ist genau das Gegenteil geschehen. Es [...] darf keine Zusammenarbeit mit einer Partei geben, die keine klare Trennlinie zum Rechtsextremismus zieht und in weiten Teilen inzwischen selbst gesichert rechtsextrem ist. Das muss Konsens der Demokraten bleiben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] auch hier im Hohen Hause [...], auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung steht ganz klar dafür, jede Entscheidung mit der demokratischen Mehrheit hier im Haus herbeizuführen.

Auf unsere Landesregierung ist Verlass. Mit uns wird es keine Zusammenarbeit von rechts, mit Rechtspopulisten und Rechtsextremisten geben.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Aber mit Linkspopulisten haben
Sie kein Problem, Frau Schwesig?)*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und auf der Regierungsbank)*

■ Enrico Schult, AfD



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Werte Bürger da draußen! Ja, man kann es kaum glauben, was hier gerade passiert ist. Die Ministerpräsidentin gibt eine Erklärung ab und [...] wir Zustände haben wie im chinesischen Volkskongress,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wo stehende Ovationen hier sind für eine Ministerpräsidentin, die sich anmaßt, in eine demokratische Entscheidung des Bundestages einzugreifen. [...]

Mehr Eitelkeit, Frau Schwesig, mehr Eitelkeit, mehr Geltungsbedürfnis geht gar nicht, was Sie hier machen, den Landtag zu benutzen, zu instrumentalisieren.

[...] meine Damen und Herren, das war kein dunkler Tag der Demokratie gestern, nein, das war ein Segenstag der Demokratie,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] ohne parteipolitisches Kalkül, [...] über Inhalte abgestimmt wird, genau das ist gestern passiert, werte Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...]

Demokratie bedeutet ja ...

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist ja
eine Drohung, eine Drohung von der AfD!)*

Da können Sie ruhig schreien!

[...] Herrschaft des Volkes, das Votum des Wählers anzuerkennen. Und Demokratie bedeutet auch, dass eine Regierung abgewählt werden kann.

[...] Und davor haben Sie Angst, Frau Schwesig. Das wissen Sie, zur Kommunalwahl hat Ihre SPD hier richtig verloren. [...] Zur Europawahl haben Sie verloren. Meine AfD, wir sind stärkste Kraft geworden. Zur Bundestagswahl werden wir hier stärkste Kraft und zur Landtagswahl wird Ihnen das Gleiche blühen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau!)*

Was ich aber, meine Damen und Herren, entschieden zurückweisen möchte, ist, dass Sie [...] meine Partei, dass Sie unsere Mitglieder, [...] mittlerweile 60.000 Mitglieder in die rechts-extreme Ecke rücken, [...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Philipp da Cunha, SPD: Das machen Sie
selber! – Zuruf von Christian Winter, SPD)*

1.700 Mitglieder hier im Landesverband

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Die in Teilen
gesichert rechtsextrem sind.)*

in die rechtsextreme Ecke rücken. Und dafür sollten Sie sich schämen, Frau Schwesig!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Genau!)*

Das ist Ihrem Machterhaltungsanspruch, Ihrem Machterhaltungsanspruch geschuldet. Aber da sind so viele Leute, die jeden Morgen zur Arbeit gehen, sich eine Wende erhoffen, die die Politik in diesem Land verändern wollen, und die beschimpfen Sie und stellen sie in die rechtsextreme Ecke. Das ist infam, das ist furchtbar. Und dafür sollten Sie sich schämen!

[...]

Die konservativen, die rechtskonservativen Kräfte werden sich durchsetzen. Und das ist das, was der Wähler sich auch wünscht. Und dann müssen Sie diesem auch Rechnung tragen [...]

[...] Wir stehen, die AfD steht an der Spitze einer konservativen Wende. Schließen Sie sich uns an! Sie werden die Politik in diesem Land nicht mehr aufhalten. [...] Versuchen Sie, konservative, bürgerlich-konservative Mehrheiten in diesem Land zu ermöglichen. Ansonsten, ich sagte es, werden Sie von der Ministerpräsidentin und ihren Parteien in das politische Nirwana geschickt. [...]

Aber wenn man den Wählerwillen respektiert,

(Heiterkeit bei Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

dann muss man mit solchen großen, mit demokratischen Kräften, mit 30-Prozent-Parteien muss man zusammenarbeiten und darf deren Wähler nicht per se in die rechtsextreme Ecke schicken.

Und welche Auswüchse das mittlerweile oder welche, ja, Blüten das mittlerweile treibt, zeigt ja dieses unsägliche Verbotsverfahren auf Bundesebene im Bundestag. Da wird, eine Partei soll verboten werden [...]

die mittlerweile ein Drittel der Wähler hier in Mecklenburg-Vorpommern vertritt. Das ist doch nicht Demokratie, werde Kollegen! Das ist doch nicht Demokratie!

(Daniel Peters, CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich zusammengeschlossen in einer Art Kartell. Sie wollen sozusagen Ihren Machterhalt, den wollen Sie manifestieren.

(Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das nennt man wehrhafte Demokratie, Herr Schult!)

Es wird Ihnen aber nicht gelingen. Und die nächste Quittung werden Sie kriegen zur Bundestagswahl.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich freue mich schon auf die Landtagswahl 2026.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ich weise das, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, entschieden zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Julian Barlen, SPD



Foto: Danny Gohlke

Während eines Besuchs in Polen kniete Willy Brandt symbolisch vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos, schloss wichtige Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, der DDR, der Tschechoslowakei, trug wesentlich zur Entspannung des Kalten Krieges bei. Angela Merkel positionierte sich deutlich gegen Rechtsextremismus und förderte Programme zur Stärkung der Demokratie.

Meine Damen und Herren, all das – es gibt viele mehr – waren wichtige Handlungen. Das waren wichtige staatsmännische Gesten, um international aufzuzeigen, dass in Deutschland nie wieder Nationalisten Einfluss auf die Politik nehmen dürfen. Und heute – 2025 – war es der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, der diese Grundfeste zertrümmert hat,

(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU)

obwohl er kurz zuvor erklärt hatte, dass dies auf keinen Fall geschehen dürfe. Es war 2025 der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, der diese Grundfeste zertrümmert hat, obwohl er kurz zuvor erklärt hatte [...] dass dies auf keinen Fall geschehen dürfe. Ein [...] strategischer Wortbruch!

[...] Es geht nicht um dies Thema oder das Thema, es geht der Merz-CDU, und ich hoffe nicht, auch der CDU hier im Land, um ein Prinzip, dass es schleichend eine Machtoption [...] jenseits der demokratischen Mitte geben könnte. Und das ist kein Spiel mit dem Feuer, meine Damen und Herren, das ist mit Blick auf die Geschichte Deutschlands ein Blick in die Hölle. Und das wollen wir nicht.

[...] Diese Partei verfolgt Positionen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind,

(Enrico Schult, AfD: Das ist doch Unsinn!)

Angriffe auf das Demokratieprinzip, die Menschenwürde, das Rechtsstaatprinzip – völkisch-nationale Ideologien,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Unsinn!)

die sich gegen eine plurale Gesellschaft richten. Es gibt eine Nähe zu rechtsextremen Netzwerken, zahlreiche Berührungspunkte mit solchen Organisationen, etwa zur Identitären Bewegung, die vom Verfassungsschutz als gesichert

rechtsextrem eingestuft wird – der Flügel um Björn Höcke, der als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde, hier im Land und auch in Deutschland offiziell aufgelöst, aber er speiste sich nicht aus irgendwelchen AfD-Mitgliedern, sondern aus führenden AfD-Politikern, auch aus der Landtagsfraktion und von der Spitze der Partei.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es gibt doch ganz offenkundig eine Radikalisierung in Sprache und Programmatik.

*(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Immer wieder kommen Begriffe, Narrative, die von den extremen Rechten stammen – jüngstes Beispiel, die Remigrationsrhetorik, wo Frau Weidel gesagt hat, ja, dann heißt es eben Remigration. [...]

Wir erinnern uns an den Podcast von Herrn Kramer mit der IB, mit der Identitären Bewegung, wo er selber von Widerstand und einem Systemwechsel von rechts spricht.

Meine Damen und Herren, und deshalb sind wir heute in der Pflicht, dass sich die deutsche Geschichte nicht wiederholt. Das darf uns in Deutschland nicht passieren!

Das darf uns in Deutschland nie wieder passieren. Dafür stehe ich hier am Pult, dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Nach diesem Verrat an unserer demokratischen Basis durch Herrn Merz kommt es auf uns alle an. Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand können wir nur bewahren, wenn Demokraten zusammenstehen, wenn sie nicht mit Rechtsextremen paktieren.

[...] Die CDU, Herr Merz hat es in der Hand, diesen Konsens, diese Lösungen weiterhin zu suchen.

■ Daniel Peters, CDU



Foto: Danny Gohlke

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu den Ausführungen von Herrn Barlen, der Herrn Merz hier vorgeworfen hat, die Errungenschaften der Europäischen Union, die Errungenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die eng verbunden sind mit dem Wirken von Christdemokraten, hier niedergetrampelt zu haben.

(Julian Barlen, SPD: Getrampelt!)

Und, Herr Barlen, dass Sie es völlig ignorieren, dass Friedrich Merz ein bekennender Europäer ist, der es kürzlich geschafft hat, 13 europäische Staatschefs zusammenzubringen aus der Opposition heraus, weil ein Kanzler Olaf Scholz unfähig ist, an der europäischen Integrität weiterzuarbeiten, weil Olaf Scholz keine Mehrheiten mehr hat, weil Olaf Scholz nicht in der Lage ist, ansatzweise Probleme zu lösen, das ist schlicht infam, Herr Barlen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich muss aber auch feststellen, dass die Ministerpräsidentin hier ihr Amt und dieses Parlament für eine billige Wahlkampfrede missbraucht hat.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der AfD, CDU und FDP –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Oh!)*

Viel schlimmer finde ich aber noch, dass Sie in diesem Beitrag den Ursprung dieser Geschehnisse völlig außer Acht gelassen haben, und der Ursprung liegt in Solingen, in Aschaffenburg, in Magdeburg. Kein Wort zu den Opfern! Schämen Sie sich, Frau Schwesig!

[...]

Und zwar hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit diesen fünf Punkten einen Antrag gestellt und hat um Unterstützung aus der demokratischen Mitte geworben, die ist ausgeblieben. Ich sage aber noch mal deutlich, wir lassen uns weder von der SPD, noch von den GRÜNEN und schon gar nicht von den LINKEN verbieten,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Schon gar nicht.)*

inhaltliche Anträge zu stellen.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Wo kommen wir denn da hin?)*

Das Mehrheitsprinzip ist ein Grundanker der deutschen Demokratie, und Sie versuchen, diesen Grundanker gerade auszuhöhnen. Das ist schändlich, meine Damen und Herren!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

Und wenn Sie so tun, also uns hier eine Zusammenarbeit mit der AfD zu unterstellen, dann, Herr Dahleemann, spreche ich Sie persönlich an. Sie haben mit der AfD paktiert im Jahre 2021, als Sie den „SoJuS“-Ausschuss im Kreistag mit der AfD initiiert haben, um unseren Spitzenkandidaten Michael Sack zu diffamieren.

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Hört, hört! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Ja,

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört!)

das ist alles nachweisbar.

Und hier dann diese moralische Debatte vom Zaun zu brechen, ist einfach widerwärtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, Frau Schwesig, Sie gerieren sich hier als Bollwerk für die Demokratie,

*(Julian Barlen, SPD: Sagen Sie
doch mal was zu Frau Dr. Merkel!)*

dabei sind Sie nur ein Sprachrohr einer kleinen, aber lauten Minderheit. Und wir haben erste Hinweise, diese kleine, laute Minderheit, dass es Tendenzen der Radikalisierung gibt. Die Polizei hat die Landesverbände der CDU Mecklenburg-Vorpommern darüber in Deutschland informiert, dass die linke Szene bereits Besetzungen und Krawallakte gegenüber Wahlkreisbüros von CDU-Abgeordneten plant,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

gegenüber Geschäftsstellen.

(Unruhe bei Marc Reinhardt, CDU)

Wenn Sie Informationen der Polizei verhöhnen und verspotten, ist das Ihre Sache. Ich hoffe, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer das sich merken, auch insbesondere am 23. Februar [...].

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE

„Demokratie und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.“



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern mussten wir einen der dunkelsten Momente der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte,

*(Thore Stein, AfD: Um Gottes willen! –
Sebastian Ehlers, CDU: Ja!)*

einen absoluten Tiefpunkt deutscher Demokratie erleben,

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen der
CDU und AfD – Sebastian Ehlers, CDU:
Denken Sie mal an den 13. August 61!)*

und heute erleben wir offene Drohungen.

*(Thore Stein, AfD: Von wem denn?
Sagen Sie doch mal, von wem denn?! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Die CDU hat die sogenannte Brandmauer zur AfD niedergelassen und einen gefährlichen Tabubruch im Bundestag begangen. Friedrich Merz ...

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Friedrich Merz, der noch vor knapp einem halben Jahr jegliche Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch ausgeschlossen hat, hat nun sein Wort gebrochen und damit unsere Demokratie betrogen.

(Zuruf aus dem Plenum: Oh!)

Ein Wortbruch bereits vor der Wahl ist eine neue Qualität im politischen Handeln.

*(Thore Stein, AfD:
Sie machen das erst nach der Wahl. –
Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Dieser Schritt, meine Damen und Herren, erinnert in erschreckender Weise an die verhängnisvolle Politik der bürgerlich-nationalkonservativen Kräfte in der Weimarer Republik.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und leider – damals wie heute – öffnen Konservative den Rechtsextremen die Tür zur Macht, in der naiven Hoffnung, sie kontrollieren zu können. Von Papen lässt grüßen!

(Thore Stein, AfD: Zeugenhistorikerin.)

Aber kontrollieren ließen sich die Nazis nie.

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Sie liest die KPD jeden Morgen.)*

Sie ließen sich am Ende nur besiegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Damals nutzte die NSDAP Koalitionen mit konservativen Parteien als Sprungbrett, um diese dann als schwach und wankelmütig erscheinen zu lassen. In Thüringen führte dies 1932 zu einem Erdrutschsieg der Nazis. Und genau heute, am 30. Januar – der Kollege Barlen hat's gesagt –, vor 92 Jahren ergriffen die Nazis in Deutschland die Macht und markierten damit das Ende der parlamentarischen Demokratie. Der Rest ist grausame und unmenschliche Geschichte.

Meine Damen und Herren, die AfD verfolgt heute eine ähnliche Strategie.

(Enrico Schult, AfD: Das wissen Sie, ja?!)

Sie jubelt bereits über den Fall der sogenannten Brandmauer, das haben wir ja erlebt.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wir
freuen uns immer, wenn Mauern fallen. –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)*

Aber die Merzsche CDU scheint die Lehren der Geschichte vollkommen auszublenden und mit Kalkül zu handeln,

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

wenn er sagt, Zitat: „... , wenn die AfD zustimmt, dann stimmt sie zu“, nur um nach erfolgter Abstimmung sein geheucheltes Bedauern darüber auszudrücken. Das, meine Damen und Herren, ist nicht mehr fahrlässig, das ist abenteuerlicher Vorsatz.

Was erwartet sich die CDU davon?! Was erwartet sich die CDU von der Ignoranz des Rechtsstaats, denn nichts anderes ist der Merzsche 5-Punkte-Plan,

(Sebastian Ehlers, CDU: Alles klar!)

beschlossen mit der AfD.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Hat das die
Staatskanzlei aufgeschrieben, oder wer?! –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)*

Meine Damen und Herren, „Nie wieder“, „Nie wieder ist jetzt“!

Und ich appelliere an Sie, nicht länger mit dem Feuer zu spielen, ich appelliere an Sie, nicht länger rechtsextremistisches Gedankengut salonfähig zu machen!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE – Sebastian Ehlers, CDU:
Sagen Sie das den Antifa-Freunden! –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Demokratie und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

(Stephan J. Reuken, AfD: Sehr richtig!)

Lassen Sie uns unverrückbar gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eintreten! Mit der Politik der AfD und ihrer Nachahmer wird nichts Geringeres als die Demokratie und eine menschliche Gesellschaft aufs Spiel gesetzt, womöglich abgeschafft. Unser Land hat keinen Platz für Ausgrenzung und Hass.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, wehret den Anfängen, keinen Millimeter nach rechts!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Foto: Danny Gohlke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Das, was wir gestern im Deutschen Bundestag beobachten konnten, ist ein Einschnitt, eine Zäsur, und – das sehe ich ganz genauso wie die Ministerpräsidentin – ein schwarzer Tag für unsere Demokratie.

(Sebastian Ehlers, CDU: Der schwärzeste!)

Die demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag haben sich über viele Jahre hinweg aufeinander verlassen. Für die demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag war, wie für uns hier im Landtag auch, eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien stets ausgeschlossen. Dabei kam es auf die CDU als große konservative Partei an und auch auf die liberalen Demokrat/-innen von der FDP. In den vergangenen Jahren haben Sie diese Zusage zuverlässig eingehalten. Genau deshalb sind wir auch alle so erschüttert. Wir haben darauf vertraut, dass diese Vereinbarung gilt, gerade in einer Zeit, in der Rechtsextreme starken Zulauf erhalten. Eine solche Zusage muss Bestand halten, wenn es darauf ankommt. Doch der verfassungs- und europarechtswidrige 5-Punkte-Plan der CDU/CSU-Fraktion für sichere Grenzen und ein Ende der illegalen Migration hat nur deshalb eine Mehrheit gefunden,

(Sebastian Ehlers, CDU: Weil Sie nicht zugestimmt haben.)

weil eine rechtsextreme Fraktion zugestimmt hat. Das war kein Zufall, das war kein Versehen, das geschah mit Ansahe. [...]

Friedrich Merz und die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag tragen dafür die Verantwortung, weil sie den Dialog mit den demokratischen Fraktionen bewusst nicht gesucht haben. [...]

Politik ist kein Spiel.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha! Aha!)

Wir sind hier im Parlament,

(Martin Schmidt, AfD: Sie machen doch nur Spielereien!)

in der Herzkammer unseres demokratischen Staatswesens. Wir arbeiten auf der Grundlage des Grundgesetzes für Menschenrechte, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Das ist unsere Aufgabe und das ist unsere Verantwortung! [...]

Wir sagen der Union daher unmissverständlich: Dieses Land braucht eine CDU in der demokratischen Mitte, es braucht eine CDU, die Verantwortung übernimmt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Es braucht eine CDU, die sich von der AfD hart abgrenzt. Die AfD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Belege dafür gibt es genug.

*(Martin Schmidt, AfD: Steht immer
noch aus, kann niemand liefern!)*

Nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat sich die AfD längst zu einer rechtsextremen Partei entwickelt, die das Ziel verfolgt,

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

*(Enrico Schult, AfD: Das stimmt nicht! – Zuruf von
Jan-Phillip Tadsen, AfD – Glocke der Vizepräsidentin)*

In einem Brief von über 600 Jurist/-innen, darunter Staatsanwäl/-innen, Notar/-innen und Rechtsanwält/-innen, an die Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung, heißt es, die AfD stelle „eine schwerwiegende Bedrohung“ für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar

und, ich zitiere wörtlich: „Sie verbreitet Falschinformationen, sabotiert demokratische Prozesse und hetzt immer offener gegen Menschengruppen, die nicht in ihr Weltbild passen.“ [...]

Eine Zusammenarbeit mit Demokratiefeind/-innen darf es nicht geben. Dadurch legitimiert man ihre feindselige Haltung gegenüber der Demokratie und normalisiert ihre menschenverachtenden Positionen. [...]

Herr Kollege Domke, weil Sie hier gesagt haben, wir würden der inhaltlichen Debatte ausweichen, uns der inhaltlichen Debatte nicht stellen,

Sie haben als FDP einem 5-Punkte-Plan der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zugestimmt, der sich nicht mit europäischem Recht

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja.)

in Vereinbarung bringen lässt. [...]

Diese Inhaftierungen, die in dem 5-Punkte-Plan vorgesehen sind – ja, es können doch nicht Menschen einfach in Abschiebe-, einfach nur in Abschiebehaft genommen werden, obwohl kein Abschiebe-, kein Abschiebungstermin absehbar ist. Das sind

(Michael Noetzel, DIE LINKE: Liberale Werte.)

unbegrenzte, das sind unbegrenzte Inhaftierungen.

René Domke, FDP



Foto: Danny Gohlke

[...] Es ging gestern um eine allgemeinpolitische Richtungsentscheidung in der Frage der Migrationspolitik. [...] nach einer Serie schwerster Straftaten, brutaler Angriffe und ganz oft nach demselben Muster: polizeibekannt, Gefährderpotenzial, unabgestimmtes Vorgehen bei den Sicherheitsbehörden, nicht vollzogene Abschiebungen.

[...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der CDU und FDP)*

[...] wir haben mindestens zehn/elf/zwölf Anträge allein zu dieser Thematik eingebracht, alles ist weggewischt worden – immer wieder muss es zu einer neuen Straftat kommen, immer wieder diskutieren wir hier von vorne. Sie haben eine Enquete-Kommission verweigert.

Wir haben gesagt, bringen wir doch die Experten zusammen,

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Wenn wir Frau Schwesig nicht
immer beschwören würden.)*

die genau diese Fragen von Flucht und Migration, aber auch von Integration zusammenführen können.

Haben Sie verweigert.

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Sie wollen doch die Zusammenarbeit mit der FDP, mit der CDU und teilweise eben auch mit den GRÜNEN überhaupt nicht.

[...] Dänemark hat gezeigt, dass aus der Mitte heraus Rechtsextreme kleingehalten werden können, weil sie gehandelt haben in Dänemark.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

[...] Ich bin ein großer Anhänger des Schengen-Raums. Ich bin ein großer Anhänger europäischer Freiheiten.

Aber [...] das hat natürlich auch seinen Preis. Und dieser Preis, den müssen wir auch alle bezahlen, das heißt nämlich Sicherheit und Ordnung. Und das ist das, worauf die Bürger im Land auch einen Anspruch haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

[...] Frau Schwesig, es gibt doch einen Grund, warum die AfD im Land immer stärker wird. Das ist, weil diese Themen nicht bearbeitet und nicht gelöst sind.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

[...] Im Moment demonstrieren Zehntausende Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Wirtschaft geht auf die Straße, weil der Standort Deutschland gefährdet ist. Und darüber redet hier auch kaum jemand.

*(Michael Noetzel, DIE LINKE:
Sie reden von Migration.)*

Wir bringen heute wieder Anträge ein, und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wie Sie reagieren werden: Ist doch alles gar kein Problem.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer, die es sich leisten können, stimmen mit den Füßen ab und gehen woanders hin.

Fragen des Fachkräftenachwuchses ungelöst,

*(Christian Winter, SPD:
Das ist doch das Falsche.)*

Fragen der Wettbewerbsfähigkeit ungelöst.

[...] Ihre Antworten sind immer die: noch mehr Regularien, noch mehr Zwänge, noch mehr Kontrolle, noch mehr Misstrauen gegenüber der Wirtschaft.

Erste Lesung Nachtragshaushalt 2025

Einsparungen und Kürzungen intensiv debattiert

Die Einwohnerzahl von Mecklenburg-Vorpommern ist laut Zensus von 2022 um 56.000 Einwohner geschrumpft. Als Folge ergeben sich weniger Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich. Zusätzlich sinken die Steuereinnahmen, während die Ausgaben steigen. Mit dem Einbringen eines Nachtragshaushalts reagierte die Landesregierung auf diese Herausforderungen. Kürzungen, Globale Minderausgaben, Rückgriff auf die Konjunkturausgleichsrücklage und die Verschiebung der Tilgung des Corona-Kredits sollen die Landesfinanzen ohne Neuverschuldung konsolidieren und die Weichen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung in MV stellen. Die Opposition pochte hingegen auf strukturelle Reformen. Die einstimmige Überweisung des Haushaltsentwurfs eröffnet die weitere Diskussion in den Ausschüssen.

Die Bürger des Landes können auf eine „stabile und verlässliche“ Arbeit der Landesregierung zählen, versicherte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Die Prioritäten lägen auf einer starken Wirtschaft, sicheren Arbeitsplätzen und dem sozialen Zusammenhalt. Auch wenn dem Land durch „neue Entwicklungen“ nun insgesamt 563 Millionen Euro fehlten, komme der vorgelegte Nachtragshaushalt ohne neue Schulden aus, betonte Manuela Schwesig. Ihr sei wichtig, dass geplante Investitionen trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Dazu trügen 175 Millionen Euro aus der Konjunkturausgleichsrücklage und die temporäre Aussetzung der Rückzahlung des Corona-Kredits bei. Trotzdem werden Minderausgaben von einem Prozent des gesamten Haushaltsvolumens erforderlich. Dies sei „schmerzhaft“ aber „nötig“. Die „solide Haushalts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre“ bleibe aber weiterhin „ein Markenzeichen unseres Landes“, bekräftigte die Ministerpräsidentin.

Die Ministerpräsidentin schweige über ihre Verantwortung für die jetzige Haushaltskrise, kritisierte der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD). „Unrealistische Annahmen“ zu Steuereinnahmen und „die ewig ausufernden Ausgaben dieser Regierung“ stellten ein „dauerhaftes Problem“ dar. Seine Fraktion halte den Griff in die Rücklagen für „vollkommen unverantwortlich“ und fordere die „systematisch unnötigen Ausgaben“ zu korrigieren. Dazu könnte ein Personalkonzept für die Verwaltung mit der schrittweisen Reduzierung von 10 Prozent der Stellen und der Streichung „linkspolitischer Stellen“ dienlich sein. Die Kosten für Asyl und Migration müssen „massiv“ heruntergefahren und „ideologisch politische Beratungsstellen und Institutionsförderung“ angepasst werden. Die AfD lehne diesen Nachtragshaushalt ab und fordere „eine ehrliche Diskussion“ unter Einbeziehung der Bürger, da sie von den Auswirkungen betroffen sein werden.

„Mecklenburg-Vorpommern bleibt handlungsfähig“, lobte der Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** (SPD) den Nachtragshaushalt, der von seiner Fraktion unterstützt werde. Die Anpassungen bekundeten ein „klares Bekenntnis zur Zukunftsgestaltung unseres Landes“, bei gleichzeitiger Sicherung sozialer Komponenten. Es bleibe bei der Mobilitätsoffensive, den beitragsfreien Kitas und der Vergabe öffentlicher Aufträge nur bei Zahlung von Tariflöhnen. Die Landesregierung leiteten die Grundsätze einer „vorausschauenden Finanzpolitik“ ohne Schuldenaufnahme. Zuallererst wurde nach Einsparpotenzial in der Verwaltung gesucht, um die Belastung der Bürger zu minimieren. Julian Barlen verwehrte sich gegen die „völlig faktenfremde Schwarzmalerei“ und das „unverschämte“ Schlechtreden der AfD. Eine starke Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Investitionen in die Zukunft machten das „Prädikat“ der Finanzpolitik in MV aus.

In erster Linie gelte sein Dank den Steuerzahlern, stellte der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU) voran. Umso mehr missfiel ihm das Versprechen, nicht beim Bürger zu sparen. Geplante Kürzungen freiwilliger Leistungen im Sozialministerium werden „natürlich“ zulasten der Menschen im Land gehen. Die CDU lehne auch die ersichtlichen „haushaltspolitischen Tricks“ ab, wo die letzten Reserven „ausgequetscht“ und die Rücklagen „restlos aufgebraucht“ werden. Hier drücke sich die Landesregierung vor einer „strukturellen Konsolidierung“ und hoffe auf bessere Zeiten. Dabei wurde bereits im Haushaltsgesetz erkannt, dass bei den Ausgaben „strukturelle Anpassungen“ notwendig seien. Jetzt müsse „ein neuer Kurs eingeschlagen“ werden, verdeutlichte Daniel Peters und verwies auf frühere Vorschläge seiner Fraktion, wie weniger Personal in der Landesverwaltung, massiver Einsatz von Künstlicher Intelligenz und eine „wirklich echte Digitalisierung“.

„Entgegen den Unkenrufen bleibt die MV-Koalition und ihre Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt ihrer Linie treu“, unterstrich Innenminister **Christian Pegel** (SPD) in Vertretung für Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD). „Wir stehen für eine solide Finanz- und Haushaltspolitik.“ Zur Schließung der Haushaltslücke von 563 Millionen Euro „braucht es keine neuen finanzpolitischen Konzepte, sondern konsequentes Handeln“, erwiderte der Minister auf die Kritik. Dafür werden die Rücklagen genutzt, von der vorzeitigen Tilgung der Corona-Kredite profitiert und „erhebliche Sparleistungen“ der Ressorts erbracht. Gerade bei den Personaleinsparungen sei man „minimalinvasiv und eben sehr verantwortungsbewusst“ unterwegs. Der Nachtragshaushalt 2025 sei die „notwendige, aber eben auch die verantwortungsvolle Reaktion auf die enormen Mindereinnahmen“. Er stehe im Einklang mit der Programmatik des ursprünglichen Haushaltes und wahre die finanzpolitische Verlässlichkeit, bekräftigte der Minister und wies den Vorwurf, das Land „versteckt sich“ hinter globalen Minderausgaben, zurück.

Torsten Koplin (DIE LINKE) betonte die hohe Investitionsquote von 17,4 Prozent. „Das sucht seinesgleichen in der gesamten Bundesrepublik“. Dem Abgeordneten war auch die „Verlässlichkeit [...] im Zusammenwirken zwischen Kommunen und Landespolitik“ wichtig. Er fand es „bemerkenswert“, dass die Landesregierung vorausschauend auf die kommunale Ebene zugehe, um nach Lösungen zu suchen. Dies sei ein „Ausdruck einer Kultur“ im Umgang miteinander, ließ Torsten Koplin wissen. Denn der Zensus allein bedinge 59,5 Prozent der Mindereinnahmen. Darum stelle der Nachtragshaushalt „eine äußerst intelligente Antwort“ auf diese Situation dar. Die hohen Investitionen, der Erhalt zentraler sozialer Leistungen und die verlässlich hohen Finanzen für die Kommunen spiegelten das „Gütesiegel“ des Nachtragshaushaltes wider. „Solide Finanzpolitik hat einen Namen: MV-Koalition aus SPD und DIE LINKE“, schloss der Abgeordnete.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnerte daran, dass schon der Doppelhaushalt 2024/25 ein sich mittelfristig „aufschaukelndes“ strukturelles Haushaltsdefizit zeigte. Er akzeptiere den kurzfristigen Rückgriff auf die Reserven, fordere aber nach grundsätzlichen Verbesserungen der Einnahmen zu suchen. Die Investitionen in erneuerbare Energien und Klimaschutz müssen die private Wirtschaft erreichen, um die „Wertschöpfung“ des Ausbaus erneuer-

barer Energie „in der zu Region halten“ und zu mehr Einnahmen für das Land beizutragen. Hier ginge es seiner Fraktion „nicht schnell genug“. Das „Zögern und Zaudern“ auf den Zukunftsfeldern verspiele eine „Vorreiterposition“. Dr. Harald Terpe warnte davor, Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur zulasten der folgenden Generationen zu gestalten. Während der Nachtragshaushalt der jetzigen Situation begegne, blieben offene Punkte für den Haushalt 2026/2027.

Die Steuern seien auf einem „Rekordniveau“, bezweifelte der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) die Argumentation der Landesregierung. Er sah in der mittelfristigen Finanzplanung, die „schon lange nicht mehr solide“ war, den Grund für den Nachtragshaushalt. Dieser liefere nur „einen Vorgeschmack“ auf den nächsten Doppelhaushalt. Gerade im Sozialbereich entstünde „Unruhe“, denn die Landesregierung „verheimliche“, wo sie konkret sparen wolle. Der Ausgleich über „globale Minderausgaben“ komme René Domke wie „Haushaltshokuspokus“ vor. Da werde die Verantwortung auf die Ministerien abgeschoben und das Parlament als Haushaltsgesetzgeber habe gar keine Steuerungsmöglichkeit. Hier fehle „der Mut zur Ehrlichkeit“. Das Land werde nicht umhinkommen zu sparen, „aber wir dürfen auch nicht kaputtsparen. Wir müssen klug sparen und wir müssen die Prioritäten neu ordnen.“, mahnte der Abgeordnete. Darum stimme die FDP der Überweisung zu, um „genau diese Diskussion“ zu führen.

Weiterhin trugen zur Debatte bei: **Tilo Gundlack** (SPD), **Marc Reinhardt** (CDU), **Martin Schmidt** (AfD), **Harry Glawe** (CDU), Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) und **Daniel Seiffert** (DIE LINKE).

Die Überweisung in die Ausschüsse wurde einstimmig befürwortet.

mgl

Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung

*Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025
Drucksache 8/4498*

Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung

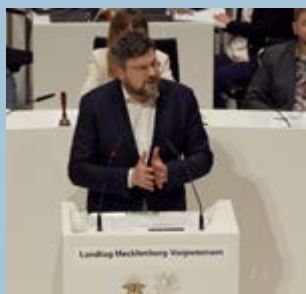
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)

Drucksache 8/4499

hierzu

ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025

Drucksache 8/4500



Verfassungsänderung zum Schutz jüdischen Lebens

Parteiübergreifender Gesetzentwurf



Jüdische Gemeinde in der Synagoge in Schwerin

Foto: nordreport

2007 beschloss der Landtag die Erweiterung der Landesverfassung. Damit sollte rassistischem und rechtsextremistischem Handeln Einhalt geboten werden. Nun wird der Artikel 18a explizit um den Schutz und die Förderung jüdischen Lebens ergänzt.

Angesichts eines nach Worten von **Michael Noetzel** (DIE LINKE) beunruhigenden Dauerzustands mit antisemitischen Äußerungen hat der Landtag die Landesverfassung geändert. Mit der von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschlossenen Erweiterung des Artikels 18a werde das Ziel verfolgt, klare Regelungen zu verankern, um rassistischem und rechtsextremistischem Handeln Einhalt gebieten zu können. „Unsere Landesverfassung soll hierauf künftig eine deutliche Antwort finden“, betonte Noetzel. Hintergrund sei, dass in extremrechten Kreisen über die Ausweisung von Millionen von Menschen aus Deutschland oder die Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte diskutiert wird. Die Verfassungsänderung, die in der symbolträchtigen Woche mit dem 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz-Birkenau verabschiedet werde, sei kein bloßes Papier. „Sie ist auch keine Reaktion auf tagesaktuelle Ereignisse oder auf

kriegerische Auseinandersetzungen in Nahost“, betonte Noetzel. Der Schutz jüdischen Lebens und die Förderung der jüdischen Kultur werde nunmehr zum Staatsziel.

Der Antrag zeugt nach Ansicht des AfD-Abgeordneten **Horst Förster** von einem tiefen Unverständnis über das Wesen einer Verfassung. Eine Verfassung sei zwar nicht in Stein gemeißelt. „Die Antragssteller gehen jedoch mit der Verfassung so um, als ob sie nach den Launen des Zeitgeistes umgeschrieben werden könnte.“ Er zitierte aus der Präambel der Landesverfassung, in der es unter anderem heiße, „Erfüllt von dem Willen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen“ sowie „die Schwachen zu schützen“. Der Schutz der Schwachen umfasse alle, die dieses Schutzes bedürfen, sagte Förster. Er bezeichnete es als Sündenfall von im Zeitgeist verfangenen Politikern, im Jahr 2007 den Artikel 18a eingefügt zu haben. Dort werde die Verpflichtung des

Staates, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, wortgleich wiederholt. Er fragte, warum nun in der Ergänzung das gegen Sinti und Roma errichtete antiziganistische Gedankengut nicht aufgenommen werde. Förster empfahl, den Artikel 18a ganz zu streichen.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) begrüßte es, dass die Verfassungsänderung zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens in MV im Landtag beraten werde. „Es ist ein wichtiges Anliegen, und es ist ein passender Zeitpunkt.“ Der 27. Januar sei seit 1996 Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland. Es sei wichtig, diese Erinnerung wachzuhalten. Das habe nichts mit Schuldzuweisung zu tun, die heutige Generation trage keine Schuld. „Aber wir tragen Verantwortung, alles dafür zu tun, dass das nicht vergessen wird und vor allem von niemandem relativiert wird.“ Schwesig wies die Kritik des AfD-Abgeordneten Förster zurück, der in der Verfassungsänderung eine Laune des Zeitgeistes gesehen habe. Es gehe um Verantwortung. „Eine Verantwortung für die Geschichte, die Sie und Ihre Mitglieder in der Partei immer wieder

relativieren. Und das ist ein Schlag ins Gesicht von Millionen von Opfern.“ Die Erinnerungskultur in Deutschland habe dazu geführt, dass die Deutschen in der Welt Anerkennung bekommen haben. „Ich bin froh, heute in einem Deutschland zu leben, das diese Geschichte aufgearbeitet hat.“

Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass der Landtag in einem breiten Konsens diesen Gesetzentwurf verabschiedet, betonte **Sebastian Ehlers** (CDU). „MV steht kompromisslos für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, auch gegen Antisemiten, die diesen Werten den Kampf angesagt haben.“ Ehlers machte die Dimension der Gräueltaten des Nationalsozialismus deutlich: „Würden wir für jeden im Holocaust ermordeten jüdischen Menschen eine Schweigeminute abhalten, würden wir die nächsten elfeinhalb Jahre mit Schweigen verbringen.“ Verantwortung für die deutsche Geschichte zu übernehmen bedeute nicht, deshalb in Scham oder gar in Hass auf Deutschland zu verfallen, sagte Ehlers. „Verantwortung ist viel mehr mit allen Mitteln dafür einzutreten, dass ein derartiges Grauen niemals wieder geschieht - weder bei uns in Deutschland noch irgendwo sonst auf der Welt.“ Ehlers kritisierte, dass es in Deutschland seit dem Überfall der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zu islamistischen Großdemonstrationen komme, auf denen neben der Vernichtung Israels auch die Einführung eines Kalifats gefordert wird.

„Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung an das Geschehene wach zu halten. Der Schwur ‚Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg‘ darf keine Worthülse sein“, betonte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Es dürfe niemals wieder zugelassen werden, dass sich eine Gesellschaft entwickelt, in der die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird. Mit der Verfassungsänderung werde unterstrichen, dass alle Menschen und insbesondere staatliche Stellen in der Pflicht sind, rassistischem, antisemitischem und neonazistischem Gedankengut entgegenzutreten. Mit dem Ende Nazideutschlands sei der Antisemitismus nicht verschwunden. „Deshalb gilt für uns ohne Wenn und Aber:

Antisemitismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, egal, von wem er ausgeht oder wie er sich versteckt“, sagte Rösler. Mit der Verfassungsänderung werde ein Paradigmenwechsel beschlossen. Es sei nun die Pflicht aller, aktiv dagegen vorzugehen, um das demokratische und vielfältige Miteinander zu schützen. All jenen, die sich Tag für Tag für diese Werte einsetzten, müsse der Rücken gestärkt werden.

„Es sind Geschichte und Gegenwart, die uns zu der Überzeugung bringen, für unser Zusammenleben in MV, für unser Selbstverständnis als Staat und als Gesellschaft klarzustellen: Jüdisches Leben und jüdische Kultur sind ein integraler Bestandteil davon“, konstatierte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**. Eine Verfassungsänderung alleine reiche jedoch nicht, jüdisches Leben zu schützen und zu fördern. „Es braucht viel mehr und es geschieht auch mehr.“ Dabei sei die Verfassungsänderung keine Symbolpolitik, die Bestimmung von Staatszielen entfalte ihre Wirkung langfristig und beeinflusse auch Gesetzgebung und Rechtsprechung, sagte Oehrich. Sie widersprach dem Argument, dass einzelne Teile der Bevölkerung in der Landesverfassung nicht besonders in den Blick genommen werden dürften. „Manche brauchen besonderen Schutz.“

„Wir können gar nicht deutlich genug betonen, wie wichtig der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens immer war und noch heute ist“, erklärte der FDP-Fraktionsvorsitzende, **René Domke**. Jüdisches Leben habe in MV eine lange Tradition. Zwischen 1845 und 1945 habe es 45 jüdische Gemeinden mit rund 7.000 Mitgliedern gegeben. Ohne nennenswerten Protest und ohne nennenswertes Bedauern sei dieser kulturelle und gesellschaftliche Reichtum nahezu vollständig ausgelöscht worden. „Was uns erschüttert ist nicht nur das Handeln der Täter, sondern auch das Schweigen der Vielen.“ Die Verfassungsänderung sei mehr als ein formuliertes rechtliches Staatsziel, sie sei ein Versprechen: „Nie wieder!“. Sie müsse nun mit Leben gefüllt werden. Schulen, Hochschulen, Polizei oder Justiz seien genau

so angesprochen wie das Vereinsleben oder die Kultur, sagte Domke. „Aber eben auch wir alle im Privaten.“

Die Verfassungsänderung ist nach Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Julian Barlen** eine Entscheidung mit durchaus historischer Tragweite. „Jeder Mensch in MV ist durch unsere Landesverfassung fortan verpflichtet, rassistischen, nationalsozialistischen, antisemitischen und extremistischen Tendenzen aktiv entgegenzuwirken.“ Das Land stehe für ein vielfältiges und ein tolerantes Miteinander. „Ein jüdisches Leben, das völlig frei, völlig ungehindert, selbstverständlich und normal in der Mitte unserer Gesellschaft stattfinden kann, ohne befürchten zu müssen, auf irgendeine Art und Weise bedroht zu werden“, betonte Barlen. Niemand dürfe einen Schlussstrich unter das Erinnern oder die fortwährende Verantwortung ziehen. Jeder, der es ernst damit meine, dass sich so etwas nicht wiederholen darf, müsse sich mit der Frage beschäftigen, was dies ganz praktisch für das eigene Handeln und das eigene Wachsamsein bedeutet. „Wir dürfen nicht nachlassen, aktiv gegen das Vergessen und auch gegen das Vergessen wollen einzutreten“, sagte Barlen.

Der Gesetzentwurf von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit 59 Ja-Stimmen angenommen. Damit wurde die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittel-Mehrheit erreicht.

*Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/4283
Drucksache 8/4534*

Sprache im Schulunterricht

Antrag zum Gendern in der Schule

Es gebe eine Tendenz weg vom Gendern hin zur Verwendung einer regelkonformen deutschen Rechtschreibung, erklärte die AfD. Sie sah dies als Bestätigung ihrer kontinuierlichen Kritik an der gendergerechten Sprache und forderte von der Landesregierung eine Verordnung, wonach an Schulen und in Lehrmaterialien die deutlichen Empfehlungen und Regelwerke des Rates für deutsche Rechtschreibung zu befolgen seien. Die anderen Fraktionen kritisierten die wiederholte und unnötige Debatte des Themas durch die AfD. Sie warfen ihr Wahlkampf im Parlament vor und lehnten den Antrag ab.

„Jeder macht hier, was er will“, zitierte **Enrico Schult** (AfD) einen Lehrer, der sich kürzlich in der Ostseezeitung positionierte. Die Lehrkraft bemängelte das Fehlen klarer Regeln für den Einsatz gendergerechter Sprache. Derzeit setze die Rostocker Bürgerschaft auf „sprachliche Verständlichkeit“ und verzichte auf das Gendern, führte Enrico Schult an. Genauso folgten die Kultusministerkonferenz und die Landesregierung dem Regelwerk des Rechtschreibrates. Allerdings, so der Abgeordnete, wolle die Landesregierung laut Antwort auf seine Kleine Anfrage die Verwendung von Gender- und Sonderzeichen durch Schüler nicht „als Fehler“ bewertet wissen. Darum fordere seine Fraktion „Einheitlichkeit in der Rechtschreibung“ im Unterricht. Lehrer haben nicht nur eine Vorbildfunktion, sondern setzten auch Bildungsstandards. Der AfD ginge es nicht um Diskriminierung, aber um die Bewahrung der deutschen Sprache bei „einheitlichen und hochwertigen Bildungsstandards“ für alle.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) verwies auf Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, Äußerungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, Empfehlungen der Landesregierung und des Rates für deutsche Rechtschreibung zur Handhabung geschlechtergerechter Rechtschreibung und der „Rechtsverbindlichkeit der Verwendung der deutschen Rechtschreibung“. Niemand werde zum Gendern verpflichtet und niemand brauche eine „Sprachpolizei“ richtete die Ministerin an den Antragsteller. Schulträger seien kompetent genug, um in eigener Verantwortung und Berücksichtigung der Lernziele die Unterrichtsmedien

zu wählen. „Für alle Schulen gilt das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung“, bekräftigte Simone Oldenburg. Damit bleibe auch die Verwendung einer gendersensiblen Sprache möglich. Die Verwendung von Gendersonderzeichen in Unterrichtsmaterialien liege in der Verantwortung der Verlage. „Sie sehen, es ist alles geregelt“, schlussfolgerte die Ministerin.

Torsten Renz (CDU) fragte Enrico Schult, ob es in der AfD-Fraktion einen Wettbewerb gebe, wer die meisten Anträge stelle. Wenn die AfD beabsichtige, „im Halbjahrestakt“ ihre alten Anträge hervorzuholen, dann stünde die CDU für so eine Verfahrensweise nicht zur Verfügung. Der Abgeordnete verwies auf die CDU-Drucksache aus dem Jahr 2023, wo sich ausführlich mit der Problematik befasst wurde. Nun greife die AfD diese Inhalte aufs Neue auf. Für „diese Polemik“ gebe sich die CDU nicht her, unterstrich der Abgeordnete und fügte hinzu: „Wenn wir in Regierungsverantwortung sind, dann wird noch mehr Klarheit bei diesem Thema einziehen.“

Andreas Butzki (SPD) konnte sich an keine Entwicklung seit dem CDU-Antrag erinnern, die eine abermalige Diskussion rechtfertige. Weder in Anhörungen noch in Gesetzentwürfen sei das Gendern gefordert worden. Der Abgeordnete warf der AfD mit dieser Debatte zu einem „emotional aufgeladenen“ Thema Wahlkampfaktik vor: mit einem „populistischen Nichtproblem“ einfach „irgendwas fordern oder behaupten, wo es gar keinen Handlungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern gibt“. Die Schulen im Land kämpften hingegen mit anderen Problemen. Die Anwen-

dung des amtlichen Regelwerks des Rates für deutsche Rechtschreibung gehöre nicht dazu. Es gebe keine Anzeichen, dass die Schulleitungen des Landes sich nicht daran hielten. Darum fehle der Anlass für diesen Antrag und die SPD-Fraktion lehne ihn ab, fasste Andreas Butzki zusammen.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragte sich, wovor die AfD solche Angst habe, dass sie der Sprachentwicklung mit immer neuen Verboten begegnen wolle. Keiner werde zum Gendern gezwungen. Aber es sei ein „schönes Aufregethema“ zur Eroberung der Stammtische und „Stimmungsmache“ in sozialen Medien. Der Abgeordnete schien es, die AfD strebe „eine uniforme Gesellschaft“ an, wo selbstständiges Denken nicht erwünscht sei. Doch gerade darauf ziele schulische Bildung ab. Jutta Wegner zitierte eine Klarstellung des Landeschülerrats, wonach sich Sprache durch gesellschaftliche Prozesse stetig weiterentwickle, dem „kein Staat, keine Ideologie und keine Partei“ entgegenwirken dürfe. Hingegen begrüße der Rat die Freiheit der Schüler, sich nach eigenem Ermessen sprachlich auszudrücken. Bedauerlicherweise wirke die „Denkverbotspolitik“ der AfD bereits in einigen Gemeinde- und Stadtvertretungen, die das Gendern untersagten. Ihre Fraktion lehne den Antrag ab.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) berichtete aus eigenem Erleben, wie kontrovers das Thema Gendern in ihrer Familie diskutierte werde. Hier in der Debatte sei nun klar geworden, dass sich im Land nach dem amtlichen Regelwerk der deutschen Rechtschreibung gerichtet werde. Eine zusätzliche Verordnung des Landtages empfinde sie als „schlicht [...] unnötig“. Barbara Becker-Hornickel hob hervor, dass die FDP das generische Maskulin „durchaus“ unterstütze, jedoch „generelle Verbote“ ablehne. Der Abgeordneten war wichtig, den „Kontext“ im Auge zu behalten, ob es darum gehe, eine Sprache erst zu erlernen oder schon verwendet wer-

de. Darum lege ihre Fraktion Wert auf die Qualität von Lehrmaterialien. Hier liege der Fokus nicht auf der Gendersprache, sondern der „Bereinigung von Stereotypen, Rollenbildern. Moderne Lehrmaterialien sollen Vielfalt abbilden und Schülern zeigen, dass alle Möglichkeiten offen stehen – allen Schülern.“ In Anbetracht der tatsächlichen Herausforderungen an den Schulen lehne ihre Fraktion diesen Antrag ab.

Diese „ewigen Genderanträge“ der AfD empfand die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) als „Phantomdebatte“ und „reines Wahlkampfgetöse“. Keine andere Partei beschäftige sich „so oft und so viel“ mit Gendern. Die AfD fordere „die sprachliche Steinzeit“ für Schulen und vergesse, dass sich Sprache stetig entwickle und anpasse. Genau darin bestünde das „eigentliche Problem“ der AfD, konkretisierte die Abgeordnete: „Sie hat Angst vor Wandel, Angst vor Vielfalt, Angst davor, dass unsere Gesellschaft weiter und offener

wird“. Sie wolle nicht nur die Schrift, sondern auch das gesprochene Wort kontrollieren, womöglich mit Sprachkontrolleuren im Unterricht. „Das ist einfach absurd“, genauso wie das Verbot von Lehrbüchern, die nicht dem Regelwerk entsprächen, urteilte Jeannine Rösler. Die AfD wolle zurück in eine Zeit, in der Zentrale Behörden die Zulassung von Schulbüchern entschieden. Doch Bildung müsse „frei und offen sein – nicht zensiert und bevormundet“.

Es gebe einen aktuellen Anlass für die Debatte, ging **Enrico Schult** (AfD) erneut auf die Ostseezeitung ein. Dort habe ein Lehrer im Dezember beschrieben, wie der Unterricht durch die gendergerechte Sprache in Lehrbüchern und Arbeitsblättern verkompliziert werde und die Schüler verunsichere. Der Abgeordnete kritisierte die Inkonsequenz der Ministerin, die das Schreiben mit Genderzeichen in der Schule nicht als Fehler deklarieren wolle. Darum ginge es der AfD: eine

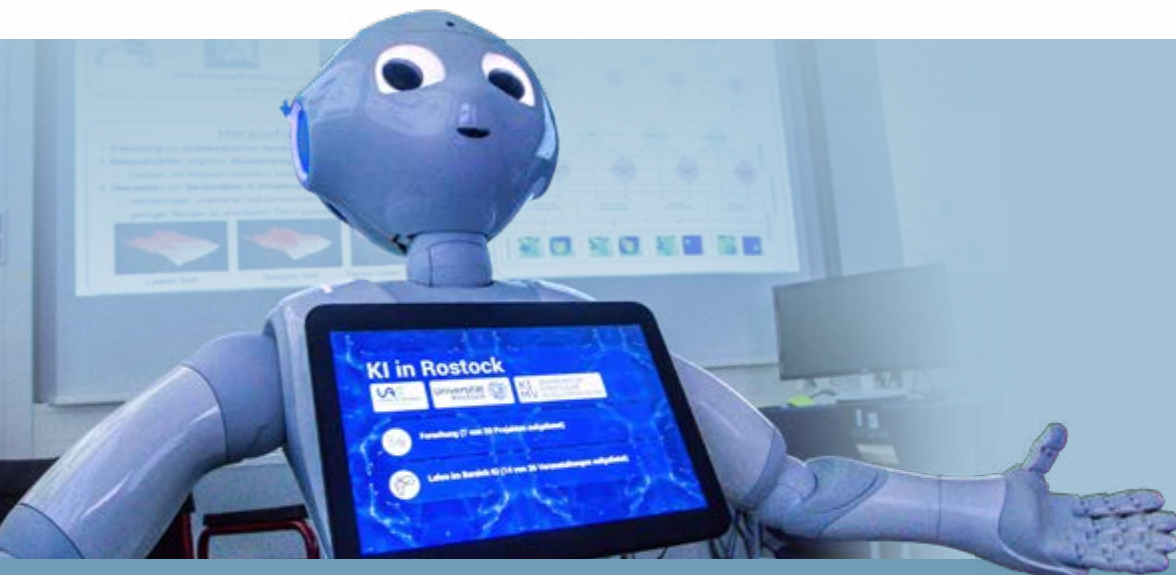
Klarstellung, dass nicht jeder seine Schulbücher auswählen und schreiben kann, wie er will. Der Gebrauch der Sprache zu Hause und in der Freizeit bleibe davon unberührt. Aber für die Schule wolle seine Fraktion sicherstellen, dass die Regeln angewendet würden. Der CDU entgegnete Enrico Schult, dass ihr erwähnter Antrag vom AfD-Antrag ein Jahr zuvor abgeschrieben wurde. Es würde sowohl CDU als auch FDP gut zu Gesicht stehen, eigene Anträge zur Bildung einzubringen. Andreas Butzki empfahl der Abgeordnete, sich die Umfragen anzusehen, in denen 88 Prozent der Menschen das Gendern ablehnten. Das könne nicht ignoriert werden.

Bei Zustimmung der AfD und mit den Gegenstimmen aller anderen Fraktionen wurde die Drucksache abgelehnt.

Antrag AfD
Drucksache 8/4516

Künstliche Intelligenz in MV

Debatte zu KI-Nischenprodukten als Zukunftsfelder



Roboter mit Künstlicher Intelligenz an der Universität Rostock

Künstliche Intelligenz (KI) als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts biete nicht nur für den Wissenschaftsstandort Deutschland Chancen. Auch MV müsse die Nutzung des Potenzials von KI definieren. Ein Antrag der Regierungsfractionen setzte daher auf die Integration von

KI in die Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen genauso wie auf die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Mittelstand. Ferner war es SPD und DIE LINKE wichtig, innerhalb der diesjährigen MV-Präsidentschaft der Wissenschaftsministerkonferenz eine KI-Offensive des

Bundes einzufordern. Ein Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konzentrierte sich auf den Schutz persönlicher Daten und die Erforschung der Grenzen und Risiken beim Einsatz von KI. Dieser wurde abgelehnt, während der Antrag der Regierungskoalition angenommen wurde.

Da KI „Ansätze zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen“ böte, arbeiteten und forschten die Hochschulen in MV bereits an Anwendungen, führte **Dirk Stamer** (SPD) aus. Diese Stärken sollen konsequent ausgebaut werden. Denn KI sei nicht nur ein „entscheidender Faktor“ für die wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch von „zentraler Bedeutung für die Innovationsfähigkeit“ von Wirtschaft und Gesellschaft, zeigte sich der Abgeordnete überzeugt. Neben der Verankerung von KI in die Zielvereinbarungen der Hochschulen sei die Regelung des Managements von Forschungsdaten unerlässlich. Zudem gehe es beim Transfer von KI-Kompetenz aus der Wissenschaft in kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vorrangig um „hoch spezialisierte Lösungen“ für Automatisierungen und Innovationen oder Nischenbereiche der Wirtschaft. Hierfür, so Dirk Stamer, reiche kein „Sprint“, sondern benötige es einen „Langstreckenlauf“.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) vertrat die Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD). Sie sei durch die Wissenschaftsministerkonferenz verhindert, wo sie unter ihrer diesjährigen Präsidentschaft den Schwerpunkt auf KI setze. Denn angesichts der Bedeutung verzichte keine Hochschule in MV auf KI. Neben Spezialanwendungen zur visuellen Datenanalyse sei das Rostocker Zentrum für Künstliche Intelligenz in MV mit seinem Fokus auf KMUs „bundesweit einzigartig“. Doch der internationale Wettbewerb verlange Rechenkapazitäten, Zugang zu Forschungsdaten, Nachwuchsförderung und interdisziplinäre Zusammenarbeit – Forderungen, die Ministerin Martin an den Bund richten werde. Ohne Bundesgesetz zu Forschungsdaten zahle sich nun das Gesundheitsforschungsstärkungsgesetz des Landes aus. „Daten sind die Währung für KI“, illustrierte Stefanie Drese und der „verantwortungsvolle Umgang mit KI“ werde einen Wettbewerbsvorteil bringen.

Der Antrag solle den „notwendigen Rückenwind“ für die Ministerkonferenz erzeugen, vermutete **Paul-Joachim Timm** (AfD). Leider schneide MV im bundesweiten Vergleich schlecht ab. Während sich 50 Prozent der KI-Start-

ups auf Berlin und München konzentrierten, finde sich MV im Jahresbericht des „Applied AI Institute for Europe“ nicht wieder. Wenige KI-Professuren, die „geringe Wirtschaftskraft“, ein „Mangel an Technologieunternehmen“ und die „Abwanderung von Talenten“ werden MV nicht zu einem „Technik-Hub“ machen. Dennoch sehe seine Fraktion Potenziale durch „maßgeschneiderte Lösungen“ unter Einbeziehung „regionaler Stärken“. Das könnten Anwendungen für die maritime Wirtschaft, Kooperationen mit polnischen Hochschulen und die Ausrichtung auf „hochspezifische Anwendungsfelder“ sein. Paul-Joachim Timm wünschte Ministerin Martin „maximale Erfolge“, aber ohne Rückenwind der AfD. Sie werde sich enthalten und den Änderungsantrag ablehnen.

Die realen Probleme auf dem Gebiet der KI liegen bei „Personalausstattung, Lizenzen, Software, Rechen- und Speicherkapazitäten“, hielt **Katy Hoffmeister** (CDU) den Antragstellern vor. Sie vermisste in dem „nichtsagenden Antrag“ Details zu den erwähnten „Eckwerten“ der Hochschulentwicklung. Die Abgeordnete betonte, dass es die Verantwortung von Bettina Martin als Landesministerin und nicht als Vorsitzende der Wissenschaftsministerkonferenz sei, die Hochschulen finanziell und strukturell zu begleiten. Überdies habe die CDU bereits seit den Haushaltsdebatten 2022 auf das Thema KI verwiesen und die Unterstützung des Zentrums für Künstliche Intelligenz angemahnt. Nun, im Jahre 2025, stelle die Ministerin fest, dass „KI eine Schlüsseltechnologie“ sei. „Ich bin deshalb wirklich ungehalten“, gab Katy Hoffmeister zu. „Zu zaghaft, zu spät, zu wenig.“ Angesichts der Wichtigkeit verzichte ihre Fraktion auf eine Ablehnung und enthalte sich.

Bei aller Leistungsfähigkeit, KI ersetze nicht „kritisches Denken, Kreativität, Verantwortungsbewusstsein“, hob **Christi-an Albrecht** (DIE LINKE) hervor. Daher könne KI „lediglich ein Werkzeug sein“ und dürfe „nie“ die Richtung vorgeben oder über Menschen entscheiden. Die im Antrag aufgeführten Maßnahmen bedeuteten „essenzielle Schritte“ auf dem Weg zu einem „Wissenschaftsstandort“, begründete der Abgeordnete die Forderungen. Hier habe das Zentrum für Künstliche Intelligenz in

MV eine spezielle Rolle als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Zugleich könne nicht auf ein „umfassendes Bildungskonzept, das KI-Kompetenzen bereits in den Schulen vermittelt und lebenslanges Lernen fördert“, verzichtet werden. Zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte Christian Albrecht aus, dass der Gemeinschaftsantrag die Punkte „Ethik, Transparenz und gesellschaftliche Verantwortung“ bereits „subsummiert“ und sogar weiter fasse.

Seine Fraktion freue die „atemberaubende“ Dynamik, mit der sich KI entwickle, betonte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Wir unterstützen das grundsätzlich als große Chance“ und darum sei es wichtig, „nicht nur staunend dabei zu stehen“. Die Aufforderung, KI-Forschung voranzubringen, sei richtig, um hier „weiter die Nase vorn zu haben“. „Unsere Universitäten sind dabei genau die richtigen Orte“, begrüßte Hannes Damm den Antrag. Dennoch: weder MV noch ein anderes Bundesland seien in der Lage, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Dafür brauche es eine „europäische Antwort“, die im Unterschied zu Mitbewerbern unsere „Ansprüche und Werte“ verdeutlichte. So könne Europa seinen Datenschutz „proaktiv“ zum Standort- und Wettbewerbsvorteil gestalten. Darum habe seine Fraktion Änderungen formuliert, die zusätzlich für mehr Training zum Verständnis und zur Nutzung von KI plädierten.

David Wulff (FDP) begrüßte den Antrag; frage sich aber: „Worüber reden wir hier? Was ist das Ziel? Was soll die Strategie sein? Was wollen wir machen?“

Auch bei der Zielvereinbarung sei nicht konkretisiert „in welche Richtung“ das weisen solle. Worum drehe sich das Thema Strategie? Soll es um eine Modellentwicklung gehen oder soll MV ein Trainingscenter für andere KMUs werden oder solle es um Wirtschaftsförderung gehen, wollte David Wulff vom Antragsteller wissen. KI entwickle sich so schnell, „wenn wir das im Tempo von rotrot machen, dann wissen wir am Ende gar nicht mehr, worüber wir am Anfang gesprochen haben“. Der Abgeordnete gab zu bedenken, dass unternehmensspezifische Anwendungen auf vorhandene Modelle aufbauten. Diese wieder-

um erforderlichen sehr hohe Investitionen. Darum wäre es hilfreich, zu wissen, was wir wollen. Der Antrag hier „ist ein netter Versuch“, schätzte der Abgeordnete ein.

Dirk Stamer (SPD) bestätigte, dass KI-Förderung ein „langwieriger und langfristiger laufender Prozess“ sei. Genau deshalb wolle die Regierungskoalition „eine solide, nachhaltige Basis schaffen“. Dabei müsse „das Rad nicht neu erfunden werden“, aber die vorhandenen Ressourcen sollen gestärkt, effizienter genutzt und besser vernetzt werden. Denn die Hochschulen in MV stünden bei Lehre, Forschung und Wissenstransfer in die Wirtschaft gut da. Da KI als „Querschnittstechnologie“ die Wissenschaftslandschaft interdisziplinär bereichere, beschäftigten sich mehr als

ein Dutzend Lehrstühle damit, ohne das explizit auszuweisen. Mit Bezug auf den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstrich Dirk Stamer, dass die „ethische Betrachtung“ und Regulierungsaspekte die „Grundpfeiler“ des Antrages bildeten. Eine landesweite KI-Strategie allerdings gehöre organisatorisch ins Innenministerium.

CDU und FDP enthielten sich bei der Abstimmung zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bei Befürwortung durch den Antragsteller, aber Ablehnung von DIE LINKE, SPD und AfD wurde der Antrag abgelehnt.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde mit den Stimmen von DIE LINKE,

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. CDU, FDP und AfD enthielten sich.

mye

*Antrag SPD und DIE LINKE
Zukunftssichere Forschung – Künstliche
Intelligenz stärken
Drucksache 8/4512*

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Drucksache 8/4558*

Wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Aussprache über Programme für einen wirtschaftlichen Aufschwung

Die Menschen in Deutschland sind über die wirtschaftliche Entwicklung besorgt. Die Wirtschaft leidet Experten zufolge unter hohen Energiepreisen, der sinkenden Zahl von Fachkräften oder auch unter einer zu hohen Belastung durch Bürokratie. Die CDU hat eine Aussprache beantragt, um ihr Programm mit dem Namen „Agenda 2030“, mit dem sie die Wirtschaft wieder in Gang bringen will, im Landtag zu debattieren.

Deutschland und MV haben nach Ansicht der CDU-Fraktion einen dringenden Bedarf insbesondere an wirtschaftspolitischen Veränderungen. Dazu schlug der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** ein sogenanntes Belastungsmoratorium vor. Dies bedeute, dass bei all dem, was politisch auf den Weg gebracht wird, keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft und die Bürger entstehen dürfen. „Das ist aber in den letzten drei Jahren anders gewesen“, betonte er bei der Vorstellung der „Agenda 2030“ der CDU. Zur angestrebten Entbürokratisierung schlug er vor, dass drei überflüssige Gesetze entfernt werden, wenn ein Gesetzentwurf im Nahbereich der Wirtschaftspolitik verabschiedet wird. Peters erinnerte daran, dass es Gesetze gibt, bei denen kein einziger Anwendungsfall zu verzeichnen gewesen sei. „Noch viel sinnhafter wäre es, wenn

wir das auch bei den Verordnungen so praktizieren.“ Peters forderte ein Bekenntnis für die maritime Wirtschaft. Es gebe auch bei der Verteidigungsinfrastruktur eine wirtschaftliche Chance für MV. „Wir reden hier mittlerweile über mehrere tausend Jobs, die zusätzlich geschaffen werden können.“

Die MV-Wirtschaft zeigt nach Meinung des parteilosen Wirtschaftsministers **Dr. Wolfgang Blank** eine im Bundesvergleich bemerkenswerte Dynamik. So sei die gesamte Wirtschaft im ersten Halbjahr 2024 um 3,1 und im dritten Quartal um 3,3 Prozent gewachsen. Das verarbeitende Gewerbe habe von Januar bis Oktober 2024 um 15,7 Prozent zugelegt. „Beim Auslandsumsatz sogar um beeindruckende knapp 40 Prozent.“ Positive Entwicklungen habe es beim Bau und Tourismus gegeben. „Die Zahlen zeigen, dass weite Teile der

Wirtschaft offenbar nicht nur robust und resilient sind, sondern auch wachstumsstabil und zukunftsgerichtet.“ Allerdings laufe es nicht in allen Branchen gleichermaßen gut, erklärte Blank. Er nannte hier die Bereiche Automobil und Maschinenbau sowie die Pflege und Gesundheit wegen des Ausbleibens längst überfälliger Reformen. Im maritimen Bereich sei dagegen eine beachtliche Basis aufgebaut worden. Die Häfen entwickelten sich langsam, aber stetig zu bedeutenden Drehscheiben. Der Schiffbau werde gleichzeitig nachhaltiger.

„Mit dem Arbeitstitel ‚Agenda 2030‘ versucht die CDU sich als große Zukunfts- und Erneuerungspartei mit wirtschaftsfreundlichem Profil zu inszenieren“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer**. Es bleibe allerdings angesichts der bisherigen Koalitionspräferenzen der CDU fraglich, ob das umzusetzen sei. Kramer vermutete, dass sich die Christdemokraten auf Druck der AfD dazu entschlossen hätten, in Kernbereichen wie Migration, Finanzen oder Wirtschaft einen konservativen Markenkern herauszuschälen. Nach Kramers Ansicht ist es unmöglich,

zusammen mit der SPD oder den Grünen die Abschaffung des Bürgergelds zu Gunsten einer Grundsicherung mit Sanktionierungsprozessen bei Arbeitsverweigerung umzusetzen. Er forderte, die „energiepolitische Geisterfahrt“ mit Solar- und Windkraft zu beenden. „Wir brauchen eine Reaktivierung der Kernenergie, um günstige Energiepreise zu sichern und unsere Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten und nicht mit Tausenden von Windrädern zuzubetonieren.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) kritisierte den CDU-Vorschlag, bei Verabschiedung eines Gesetzes gleichzeitig drei überflüssige Gesetze abzuschaffen. Auch seine Partei sei für Bürokratieabbau und gegen die überbordende Zahl von Regelungen, die zu Blockaden führen. Aber formal Gesetze abzuschaffen, ohne Ansehen, worum es geht, könne auch nicht im Interesse der CDU sein. Viel zu formal sei auch der Vorschlag der Christdemokraten, Verlässlichkeit im Verwaltungshandeln herzustellen, sagte Koplín. Auf seine Kritik stieß auch der CDU-Vorstoß, dass beim Ausbau der Verteidigungsinfrastruktur störende politische Zwischentöne ausbleiben sollten. „Wir sehen das anders.“ DIE LINKE habe die Auffassung, dass sich Waffen am Horizont immer in Blut verwandelten. Zudem sei es volkswirtschaftlich sehr bedenklich, Steuergelder in Militärtechnik zu verwandeln. „Was ist dann mit Militärtechnik, die keine Werte schöpft?“ Deshalb habe sich seine Partei gegen den Bau von Patrouillenbooten in Wolgast ausgesprochen. Diese würden in ihren Bestimmungsländern für Repressionen genutzt.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies auf die Jahre 2005 bis 2021, in denen die CDU im Bund in Regierungsverantwortung war. „Da haben sie quasi eine Agenda 2020 geprägt mit erschütternder Bilanz: Öffentliche Infrastruktur, Schulen, Straßen, Schienen kaputtgespart, Zukunftstrends Dekar-


bonisierung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz komplett verschlafen.“ Nun komme die CDU mit Ideen, die längst auf dem Weg sind und für die wahrscheinlich die Mittel fehlen, um sie umzusetzen. Andere Länder investierten massiv mit staatlichen Geldern in Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien, KI, E-Mobilität oder grünen Wasserstoff, sagte Wegner. Die CDU denke dagegen ernsthaft, wirtschaftspolitisch gegen China mit Rezepten aus den 1980ern und 1990er Jahren anzukommen. „Mit so einer wirtschafts- und sozialpolitischen Geisterfahrt fahren Sie Deutschland und MV an die Wand, während China und die USA uns immer weiter enteilen.“ In Zeiten der Krise müsse der Staat als Nachfrager auftreten und investieren. Die private Wirtschaft schränke in unsicheren Zeiten die Investitionen stark ein, dass machten auch die Bürgerinnen und Bürger. „Deswegen muss der Staat einspringen und diese Lücke füllen, indem er umso stärker in die öffentliche Infrastruktur investiert und die Unternehmen mit Aufträgen versorgt.“

Das Thema „Agenda 2030“ sei richtig, komme aber zehn Jahre zu spät, sagte **David Wulff** (FDP). Eines der großen Probleme der Wirtschaft seien die zu hohen Energiekosten. Bei Strom, Gas und sonstigen Energieträgern gebe es in Deutschland internationale Spitzenwerte. „Das ist etwas, das uns das Genick bricht“, sagte Wulff. Dazu käme das Problem des Fachkräftemangels. „Wir haben einfach nicht mehr genug Leute, die genug ausgebildet sind, um den Bedarfen gerecht zu werden.“ Wulff sprach auch den Investitionsstau in MV sowie den Bevölkerungsrückgang und die Bürokratie als massive Probleme der Gesellschaft an. Als Folge dieser Probleme würden Firmen in die Insolvenz gehen und Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. „Es sind Menschen davon betroffen, die ihre Existenz verlieren, ihre soziale Stellung, vielleicht manchmal sogar ihren Lebensinn“, sagte Wulff.

Persönliche Träume und Ziele würden zerstört, wenn die Lebensgrundlagen entzogen werden. Persönlicher Wohlstand sei für jeden Einzelnen in diesem Staat ein Faktor, dieses System und diese Demokratie zu verteidigen. „Viele Menschen leben einfach und wollen ein gutes Leben haben und wenn Sie feststellen, dass das Leben, das sie sich erträumen, so nicht möglich ist, dann stellen sie Fragen und stellen unser System infrage.“ Das sei wichtig, wenn sich die Politik mit dem Thema Wirtschaftswende auseinandersetzt.

Der SPD-Abgeordnete **Christian Winter** stellte die Frage nach den möglichen Folgen der „Agenda 2030“ der CDU. „Es ist in erster Linie ein Paket, das vor allem Besserverdienende und Topverdienende entlastet und wenig Entlastung für die geringen und mittleren Einkommen bietet.“ Da würden mit Steuer senkungen bei hohen Einkommen oder der Abschaffung des Solidaritätszuschlags vor allem Geldgeschenke an Reiche verteilt. Wer Vollzeit arbeitet und Mindestlohn bezieht, hätte nach dem CDU-Programm dagegen nur 5,25 Euro mehr im Monat. Winter betonte, dass der CDU klar sein müsse, dass mit der SPD keine pauschale Liberalisierung bei den Arbeitsbedingungen zu machen ist. Vielmehr müssten die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet werden. Es seien die Menschen mit diesen Einkommen, die einen Großteil der Entlastung dann auch konsumieren, während die Topverdiener eine sehr hohe Sparquote haben. Winter betonte, dass bei vielen der CDU-Forderungen die rot-rote Landesregierung längst dabei sei. „Wir haben einen Plan, der neuen Wohlstand schafft und wir sehen, dass dieser Plan funktioniert.“ Das zeigten die Wachstumszahlen der letzten beiden Jahre in MV.

mgl



Schloss- und Burggartenführungen

Möchten Sie einen Blick hinter die Kulissen des Schlosses werfen? Dann können Sie in einer bunten Schlossführung das historische sowie moderne Gebäude oder in einer Burggartenführung das Schloss im Grünen erleben. Für die Buchung von Schloss- und Burggartenführungen wenden Sie sich an schlossfuehrung@landtag-mv.de oder 0385 525 2163.

JETZT BUCHEN

Desinformation entgegenwirken

Aussprache zur Stärkung der Demokratie

Die sozialen Medien bergen nach Überzeugung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gefahr von gezielter Desinformation. Dagegen sollte nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstärkt mit staatlicher Unterstützung vorgegangen werden. Dieser Antrag fand mit unterschiedlichen Begründungen der anderen Fraktionen keine Unterstützung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Landesregierung aufgefordert, gezielt Maßnahmen gegen Desinformation zu ergreifen. „Desinformationskampagnen nutzen häufig große Komplexe und undurchsichtige Themen, die eine Gesellschaft stark polarisieren wie zum Beispiel Migration, Krieg, die Corona-Pandemie oder die Klimakrise“, sagte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**. Mit falschen Fakten sollen Angst und Wut ausgelöst werden. Das könne schwerwiegende Folgen für die Demokratie haben, insbesondere dann, wenn Bürgerinnen und Bürger ihr Stimmrecht auf der Grundlage unzutreffender Annahmen ausüben. Mit dem Antrag „Demokratie stärken, Desinformation gezielt entgegenwirken“ wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Grundlage dafür legen, dass die Gesellschaft entschlossen handeln kann, um demokratische Verfahren zu schützen. Die Landesregierung solle mit der Landesmedienanstalt, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Strategie gegen Desinformation entwickeln und umsetzen. „Diese Strategie soll unter anderem die Entwicklung einer landesweiten Informationskampagne zur Aufklärung über Desinformation umfassen“, erklärte Oehrich.

„Unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft gerät zunehmend unter Druck“, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** in Vertretung von Wissenschaftsministerin Bettina Martin (beide SPD). Ein Faktor für diese Entwicklung sei ganz sicher Hass,

Hetze und Desinformation im Internet, vor allem in den sozialen Medien. „Wenn kein Unterschied mehr gemacht wird zwischen Wahrheit und Lüge - wie soll dann die eigene Meinungsbildung gelingen?“ Die Landesregierung habe dieses Thema verstärkt in den Blick genommen. Es gehe dabei um die Richtigstellung von Falschinformationen und um Prävention, Bildung und die immanent wichtige Medienkompetenzförderung, sagte Drese. Auch das Vorgehen gegen Rechtsverstöße und die Verfolgung von Straftaten seien im Blickpunkt. „Der digitale Raum darf keine rechtsfreien Nischen haben.“ Verschiedene Ministerien und Landesinstitutionen arbeiteten Hand in Hand gegen die hybride Bedrohung.

Für **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein typisches Beispiel von politischer Selbstüberschätzung. „Sie wollen wohl am liebsten ein Wahrheitsministerium etablieren“, sagte er. Er warf der grünen Partei vor, dass in ihr nur noch wenig Erkenntnisinteresse für die politischen Fragen der heutigen Zeit lebt. Ihre Propaganda sei nur noch ein Kampf um verlorene Deutungshoheit, erklärte Tadsen in Richtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese hätten in den Tagen nach dem Verbrechen von Aschaffenburg selbst die Schraube der Desinformation so stark angezogen, dass es weh tue. Dass immer weniger Menschen die Grünen ernst nehmen, habe auch mit der völlig überdrehten Rhetorik zu tun, die in dieser Partei scheinbar derzeit eskaliere. Dass vor allem das linke Lager die AfD permanent als angebliche Nazis bezeichnet, werde auch von renommierten Historikern kritisiert. „Wer die AfD Nazis nennt, vergeht sich an der historischen Einordnung der Nationalsozialisten und das ist Desinformation“, betonte Tadsen.

„Auf den ersten Blick klingt dieser Antrag nach einem sehr verantwortungsbewussten und notwendigen Ansatz, um die Demokratie zu schützen“, sagte **Franz-Robert Liskow** (CDU). Ohne

Zweifel gebe es massive Desinformationskampagnen ausländischer Akteure, allen voran von Russland. Diese zielten darauf ab, die öffentliche Meinung zu manipulieren und Demokratien zu destabilisieren. „Sie sind Teil einer langfristig angelegten Strategie.“ Beim Kampf gegen Desinformation dürfe das Kind jedoch nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden, kritisierte Liskow den Antrag. „Wenn wir die Desinformation bekämpfen wollen, dürfen wir uns nicht in die Gefahr begeben, jede unbequeme oder nichtkonforme Meinung als Desinformation zu brandmarken.“ Wer den Begriff Desinformation zu einem politischen Kampfbegriff macht, riskiere, dass jedes abweichende Narrativ als potenziell gefährlich oder manipulierend betrachtet wird. „Der Schutz des freien Meinungs-austausches ist ein hohes Gut.“

Mit der Vermittlung von Medienkompetenz durch die vielen verschiedenen Akteure und Akteurinnen werde bereits jetzt den negativen Auswirkungen von Desinformationskampagnen und Cyberkriminalität entgegengewirkt, sagte **Michael Noetzel** (DIE LINKE). Die Medienkompetenzförderung habe Einzug in die Lehrpläne der Schulen gefunden. „Dort wird den jungen Menschen, die eine Welt ohne digitale und sogenannte soziale Medien gar nicht mehr kennen, beigebracht, Inhalte einzuordnen und kritisch zu hinterfragen.“ Zudem entwickle die Landesregierung die Digitalisierungsstrategie im Bildungsbereich stetig weiter, sagte Noetzel. Am Ende nützten die besten Konzepte nichts, wenn nicht alle demokratischen Kräfte an einem Strang ziehen. „Und solange Politikerinnen und Politiker die Taten psychisch kranker Menschen für Maßnahmen gegen eine Vielzahl auch gesunder Menschen instrumentalisieren und Bürgerinnen und Bürgern einfache rechtswidrige oder nicht umsetzbare Scheinlösungen präsentieren und die Medien diese oft ohne Einordnung reproduzieren, nützen die besten Konzepte nichts“, betonte Noetzel.

Informationen, ob wahr oder falsch, seien etwas, mit dem sich die Menschen täglich auseinandersetzen müssen, erklärte **David Wulff** (FDP). „Gesunder Menschenverstand, ein bisschen Mündigkeit beim Bürger - ich glaube, das ist etwas, was wir vermuten können.“ Deshalb seien Maßnahmen, die die Grünen in dem Antrag vorschlagen, deutlich übers Ziel hinausgeschossen. Er mahnte zur Vorsicht, denn den Bürgerinnen und Bürgern sollte nicht unterstellt werden, dass sobald jemand mit einer Fake-News-Kampagne kommt, alle das automatisch glauben, das nicht kritisch hinterfragen und darauf hineinfallen. „Das ist ja mitnichten so.“ Prinzipiell zweifelte Wulff die Macht von Fake News an. Es gebe zwar gezielte Kampagnen ausländischer Mächte, die versuchen, Einfluss auf die Demokratie zu nehmen. Dies sei beispielsweise beim

Brexit oder der ersten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten diskutiert worden. Die Frage sei, ob die Kampagnen wirklich zum gewünschten Erfolg geführt hätten. Wulff ging eher davon aus, dass die, die eh schon etwas glauben wollten, was da erzählt wird, es am Ende vielleicht noch mehr glauben.

„Desinformation verfolgt das Ziel der Destabilisierung von Staaten und Gesellschaften durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung“, erklärte **Martina Tegtmeier** (SPD). Vorrangiges Ziel sei es, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Systeme zu untergraben, auf politische Meinungs- und Willensbildungsprozesse einzuwirken und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhang zu schwächen. „Wenn große Plattformen selbst einräumen, dass sie

möglicherweise Desinformation verbreiten, müssen gegebenenfalls auch strengere Regeln angewandt werden.“ Tegtmeier kritisierte im Antrag, dass sie nicht erkennen könne, welche Erkenntnisgewinne zu erwarten sind, wenn Akteure im öffentlichen Raum auf Grundlage öffentlich zugänglicher Quellen beobachtet werden und das noch durch ein unabhängiges wissenschaftliches Institut bewerten zu lassen. „Das ist die originäre Aufgabe unseres Verfassungsschutzes.“

Der Antrag wurde bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

mgl

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 8/4503

SIE SIND
HERZLICH
EINGELADEN!

Mehr Informationen finden Sie unter:

[www.landtag-mv.de/
mitmachen/veranstaltungen/
ag-der-offenen-tuer](http://www.landtag-mv.de/mitmachen/veranstaltungen/ag-der-offenen-tuer)



TAG DER OFFENEN TÜR
LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
IM SCHWERINER SCHLOSS

EINTRITT FREI

Wo: Schweriner Schloss
(Lennéstraße 1, 19053 Schwerin)

- * Besondere Räume des Schlosses besichtigen
- * Arbeit des Parlaments kennenlernen
- * mit Abgeordneten diskutieren
- * Schlossmuseum & Schlosskirche erleben
- * Unterhaltung für die ganze Familie
- * für das leibliche Wohl ist gesorgt

www.landtag-mv.de/mitmachen

15. Juni 2025
von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr

LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Udo Tanski

Eigenheim verwirklichen

Debatte über den Erwerb von Immobilien



Baugebiet mit Eigenheimen in Schwerin Friedrichsthal

Foto: nordreport

Für viele Menschen gehört das eigene Häuschen zu den wichtigsten Lebenszielen. Doch die Kosten dafür sind immens und überfordern manche Interessenten. Die FDP-Fraktion wollte mit ihrem Antrag erreichen, dass Kosten wie die Grunderwerbsteuer gesenkt und damit für die Interessenten erträglicher werden.

„Der Traum vom Eigenheim - er lebt. Er ist noch da, es gibt ihn immer noch.“ Mit diesen Worten begann **David Wulff** (FDP) seine Begründung für den Antrag „Den Traum vom Eigenheim verwirklichen – Chancen ermöglichen.“ Eine Immobilie, die man sein Eigen nennen kann, sei etwas, worauf die Menschen hinarbeiten, sparen und es sich heute einfach kaum noch ermöglichen können. Gerade einmal 37,8 Prozent der Menschen in MV lebten in der eigenen Immobilie. Die Gründe dafür seien das geringe Angebot, die hohen Immobilienpreise und die Tatsache, dass sich viele Menschen einen solchen Schritt nicht zutrauen. Um die Hürden abzubauen, forderte Wulff die Landesregierung unter anderem auf, sich auf Bundesebene für einen Freibetrag von

500.000 Euro bei der Grunderwerbsteuer für den Kauf der ersten selbst genutzten Immobilie einzusetzen. Bei einem geschätzten Kaufpreis für eine Immobilie im Wert von 350.000 Euro fiel alleine für die Grunderwerbsteuer ein Betrag von 21.000 Euro an. „Das ist eine Menge Holz, da können wir ein bisschen sparen“, betonte Wulff. Auch sollte die Absetzbarkeit von Zinskosten für Darlehen der ersten selbst genutzten Immobilie im Rahmen der Einkommensteuer ermöglicht werden.

Innen- und Bauminister **Christian Pegel** (SPD) sah drei große Hemmnisse als Gründe für die Zurückhaltung der Menschen gegenüber dem Kauf einer Immobilie: „Der erste sind relativ hohe Baukosten, der zweite sind deutlich höhere Zinsen und drittens ein allgemeines Unsicherheitsgefühl.“ Solche großen Hemmnisse könnten mit den von der FDP vorgeschlagenen kleinen Miniaturmaßnahmen nicht beseitigt werden. Pegel stellte in Frage, dass die Nebenkosten tatsächlich das Hauptthema beim Erwerb einer Immobilie sind. Nach seiner Überzeugung sind die von Wulff ins Spiel gebrachten

350.000 Euro für den Erwerb einer Immobilie das Problem. „Ob 350.000 oder 390.000 Euro mag natürlich ein Geldunterschied ausmachen.“ Aber die Herausforderung sei die monatliche Zinsbelastung, die an die Banken zu zahlen sei. Pegel fügte hinzu, dass die Landesregierung moderat die Grunderwerbsteuer erhöht habe, mit dem Ziel, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

Der AfD-Abgeordnete **Martin Schmidt** sah als Gründe für die niedrige Wohneigentumsquote in MV weniger die hohen Zinsen oder zu geringe Freibeträge, sondern die aktuellen Baukosten und zu geringe Löhne. „Hier kann sich der Durchschnittsbürger bestenfalls eine Lehmhütte oder Gartenlaube leisten.“ Schmidt stellte zudem die Frage, warum die FDP gerade jetzt mit ihrem Antrag in den Landtag komme. „Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die völlig unrealistischen Forderungen nach Steuererleichterung und Abschreibungsvorteilen mit dem eigenen Bundesfinanzminister nicht zu machen waren.“ Nun sei dieser nach dem Bruch der Berliner Ampelkoalition weg, dann könne die Landes-FDP sol-

che populistischen Forderungen im Wahlkampf herausposaunen. Schmidt kritisierte die FDP, weil diese frühere AfD-Anträgen wie etwa Darlehen oder Bürgschaften für den Eigenheimerwerb in Erwägung zu ziehen oder die Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt zu senken, abgelehnt habe.

Marc Reinhardt (CDU) verwies auf frühere Anträge, die seine Fraktion eingebracht habe. Damit hätte die CDU-Fraktion beim Baukindergeld und anderen Details eigene Akzente gesetzt. Er erinnerte daran, dass nach der Grunderwerbsteuererhöhung um einen Prozentpunkt jährlich 30 Millionen Euro an die Kommunen gezahlt worden seien, um diese Kommunen bei den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten. „Ich weiß noch aus der Erinnerung, im ersten Jahr habe das eine Prozent 90 Millionen gebracht.“ Ursprünglich sei gedacht gewesen, dass die komplette Summe den Kommunen gegeben werden soll. „60 Millionen hat sich der Finanzminister schon mal schön eingesteckt.“ Das sei bis heute mit Sicherheit ein bisschen weniger geworden. Aber diese Frage sollte man sich im Finanzministerium noch einmal anschauen.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) betonte, dass die Menschen beim Traum vom Eigenheim auf die Folgekosten achten müssten. „Wenn man ein Haus hat, heißt das ja nicht, man muss nichts mehr zahlen.“ Hinzu kämen die Kosten für die Instandhaltung, für die ansonsten die Vermieter zuständig sind. Alles 20 oder 30 Jahre müsse das Dach erneuert werden, auch an die Erneuerung der Fenster und Türen müsse gedacht werden. Ein aktuelles, ganz

heißes Thema seien die Heizungs-systeme, die nach 20 Jahren in vielen Häusern fällig sind. Deshalb beinhalte die Geschichte von der sicheren Altersversorgung viele Fragezeichen. Wenn Menschen im Rentenalter ihre Heizung erneuern müssten – „da kann man sich auch ganz schnell verkalkulieren, wenn man das nicht mitdenkt.“ Seiffert gab zudem zu bedenken, dass die Träume junger Leute vom Eigenheim oft unrealistisch seien, wenn die Träume vom dicken Auto, von Reisen und Kindern dazukämen. Das sei in der Regel mit den durchschnittlichen Einkommen in MV nicht realistisch.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) machte darauf aufmerksam, dass der Erwerb von Immobilien im Vergleich zu den 1980/1990er Jahren bei realistischer Betrachtung nicht teurer geworden sei. „Durch die Kaufkraftentwicklung ist es nämlich insgesamt günstiger geworden in der heutigen Zeit“, erklärte Damm. Umfragen zeigten einen kulturell tiefverwurzelten Wunsch in der Bevölkerung nach Wohneigentum. „Wunsch und Wirklichkeit gehen aber auseinander.“ Damm kritisierte den FDP-Antrag, in dem das Ende der Mietpreisbremse gefordert wird. Diese müsse aus sozialen Gründen eigentlich verlängert werden. Auch sei es nicht richtig, die Absetzbarkeit der Zinszahlungen im Rahmen der Steuererklärung zu fordern. Denn dies würde zu einer starken Bevorteilung des Eigentums gegenüber der Miete führen. „Die Miete lässt sich eben nicht, auch nicht in Teilen, von der Steuer absetzen.“ Von dieser Maßnahme profitierten tendenziell also eher wohlhabende Haushalte, die sich ohnehin schon eine Immobilie

leisten können. Geringverdiener, die viel häufiger zur Miete wohnen, gingen leer aus.

Der vorliegende Antrag sei Teil des Wahlprogramms der FDP, betonte **Rainer Albrecht** (SPD). „Die Feststellung, dass die Bereitstellung finanzieller Anreize und die steuerliche Entlastung ein zentraler Hebel ist, um den Zugang zu Wohneigentum für alle Bevölkerungsschichten zu verbessern, ist schlichtweg falsch.“ Bei Betrachtung der Durchschnittsverdienste in MV sei diese Feststellung eine Botschaft an die Besserverdienenden. Der Bund habe für die Unterstützung von Wohneigentum einige Förderungen aufgelegt, sagte Albrecht. Dazu gehörten beispielsweise das Förderprogramm für Wohneigentum für Familien, klimafreundliches Bauen auch für Familien mit mittlerem Einkommen oder das Förderprogramm „Jung kauft Alt“ für den Erwerb und die Sanierung von Bestandsimmobilien. Für die SPD-Fraktion sei die Unterstützung zum Erwerb und Beschaffung von Eigenheimen nicht das vordringliche Ziel. „Stattdessen setzen wir uns als zentrale Aufgabe für die Schaffung von sozialem, bezahlbarem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung ein.“ Das sei heute mehr denn je das Gebot der Stunde und werde von den Koalitionsfraktionen kontinuierlich fortgeführt.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der FDP, Gegenstimmen von SPD und DIE LINKE sowie Enthaltung von CDU und AfD abgelehnt.

mgl

Antrag der FDP Drucksache 8/4506

Ausgabe verpasst?

Alle Ausgaben der LandtagsNachrichten
Finden Sie in unserem Archiv.



www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006



Neue Regelung bei Ausgleich von Kita-Kosten

Der Landtag hat die Finanzwege zwischen Land und Kommunen bei den Kosten der Kindertagesförderung geändert. Wie der SPD-Abgeordnete Andreas Butzki ausführte, werden die landesweit einheitlichen kindbezogenen Pauschalen beendet und durch eine sogenannte Spitzabrechnung je **Förderart und** -umfang abgelöst. Ferner sollen übermäßige Auswirkungen in den kommunalen Haushalten durch eine Glättung der Einnahmenseite der Finanzausgleichsmasse vermieden werden. Der AfD-Abgeordnete Enrico Schult beklagte, dass die Kita-Kosten vor allem durch die kostenfreie Kita durch die Decke gingen. So hätten im Jahr 2022 rund 797 Millionen Euro aufgewendet werden müssen, 2023 seien es 872 Millionen Euro und im vergangenen 932 Millionen gewesen. Dies führe zu einer Überforderung

der Kommunen. Mit dem Gesetz sollen laut Innenminister Christian Pegel (SPD) die vereinbarten Finanzierungsanteile sichergestellt werden. Aus Sicht der Städte und Kommunen werde die Finanzierung nun ein Stück weit nachvollziehbarer sein als zuvor. Der Gesetzentwurf ist nach Worten des CDU-Abgeordneten Torsten Renz der nächste traurige negative Höhepunkt der rot-roten Landesregierung. Die Glättung der Kommunalfinanzen bedeute zu wenig Geld für die kommunale Ebene in den nächsten Jahren. Die Finanzbeziehungen zwischen den Kommunen und dem Land seien vielfältig, sagte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeanine Rösler. Es habe sich gezeigt, dass mit dem Vollzug des Kindertagesförderungsgesetzes eine Unwucht zu Lasten der Landkreise eingetreten ist. Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gab zu bedenken, dass die pauschale Abrechnung einst eingeführt worden sei, damit nicht so viel geprüft und

die Verwaltung vereinfacht wird. Allerdings werde nun mit dem Gesetz eine Unterfinanzierung beseitigt. Das Land hat sich nach Ansicht von David Wulff (FDP) mit der bisherigen Pauschale einen schlanken Fuß gemacht. Das Gesetz sei ein Kompromiss. „Einen guten Kompromiss erkennt man daran, dass am Ende keiner so richtig glücklich ist.“ Die Vereinfachung durch die Einführung von Pauschalen bei den Abrechnungen habe sich nicht bewährt, sagte Martina Tegtmeyer (SPD). „Mittlerweile hat wahrscheinlich auch der Letzte verstanden, dass es hier um eine gerechtere Verteilung auf der kommunalen Ebene geht.“ Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE, Gegenstimmen der CDU und AfD sowie Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

*Antrag von SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/4533*

Forderung nach mehr Klimaschutz in der Verfassung

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit ihrem Antrag gescheitert, den Klimaschutz als Staatsziel explizit in der Landesverfassung zu verankern. „Der Schutz unseres Klimas und die Anpassung an die unausweichlichen Folgen der Erderhitzung muss eine zentrale Rolle in unserem Handeln spielen“, sagte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Wir arbeiten jeden Tag daran, Lösungen zu finden, wie wir das Problem des Klimaschutzes, des Moorschutzes, der Artenvielfalt und des sauberen Wassers weiter voranbringen“, betonte Agrar- und Umweltminister Dr. Till Backhaus (SPD). Für ihn sei der Klimaschutz bereits ausreichend in der Verfassung abgesichert. „Ein weiteres Mal soll die Verfassung ohne Not geändert werden“, sagte Horst Förster (AfD). Er bezeichnete das Argument der Grünen als grotesk, wenn diese meinten, sie könnten damit der globalen Erwärmung entgegenwirken. Sie wollten nur ihre Agenda gnadenlos und ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen. „Eine Landesverfassung ändert man nicht so nebenbei“, erklärte Sebastian Ehlers (CDU). Es sei guter Brauch im Parlament, bei Verfassungsänderungen vorab einen breiten Konsens herzustellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehe es wenige Wochen vor der Bundestagswahl

mehr um Politklamauk. Es werde auf jeden Fall ein Klimaschutzgesetz kommen, betonte Daniel Seiffert (DIE LINKE). Dieses werde all den Herausforderungen gerecht werden, vor denen die Gesellschaft steht. Alle Ressorts würden dabei beachtet werden. Der Ansatz der Grünen sei ineffektiv, redundant und rein symbolisch, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der FDP, René Domke. Der Klimaschutz sei jetzt schon Teil der Verfassung. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des jetzigen und künftigen Lebens sei längst enthalten. Prof. Dr. Robert Northoff (SPD) betonte, dass Klimaschutz nicht nur ökologisch und sinnvoll sein sollte, er müsse auch sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig sein. Er brauche gesellschaftliche Akzeptanz. Die Bürger müssten auf diesem Weg mitgenommen werden. Der Antrag wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4501*

Aufforstungsprojekte der Landesforst MV
(Foto: nordreport)



Machtwechsel in Syrien – Auswirkungen auf Migration

Basierend auf der „historischen Machtverschiebung“ Ende des vergangenen Jahres in Syrien initiierte die AfD eine Debatte zur Neubewertung der asylrechtlichen Bedingungen. Eine stabilisierende Ordnung in Syrien würde Syrern die Rückkehr in ihre Heimat eröffnen, argumentierte Jan-Phillip Tadsen (AfD). Nach dem Willen seiner Fraktion solle dies durch eine im Innenministerium angesiedelte Einrichtung unterstützt werden. So würden Kommunen entlastet und die Heimkehrer könnten beim Wiederaufbau Syriens helfen. Zudem erlaube die politische Lage in Syrien die Lockerung von Sanktionen. Mit der Anbahnung diplomatischer Beziehungen zu den jetzigen Machthabern werde der Grundstein für die Rückführung krimineller Syrer gelegt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe die Bearbeitung von Asylanträgen für Syrer vorübergehend ausgesetzt, bestätigte Innenminister Christian Pegel (SPD). Er befürworte, Rückkehrwillige zu unterstützen, aber auch gut integrierte Syrer in MV zu halten. Die CDU habe die Landesregierung bereits früher aufgefordert, auf Bundesebene die nun von der AfD beschriebenen Maßnahmen anzusprechen, ließ Marc Reinhardt (CDU) wissen. „Völlig verfrüht, völlig daneben, völlig entfernt von der fragilen Lage vor Ort“, beurteilte Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) den AfD-Antrag und stellte klar, dass „die syrische Community“ ein Teil von Deutschland bleiben werde. Fraktionsvorsitzende Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) attestierte der AfD, „keine Ahnung“ von Syrien zu haben. Ihre Fraktion lehne diese „dumpfe Ausländeraus-Politik“ ab. Es liege nicht in der Verantwortung des Landes, die Situation in Syrien zu bewerten, befand David Wulff (FDP). Selbst der Bundesregierung falle dies momentan schwer. Daher „funktioniere“ der Antrag auch nicht. Der Arbeitskreis Migration und Vielfalt werde mit syrischen Menschen die Situation in ihrer Heimat bereden, führte Dagmar Kaselitz (SPD) an. Ein „genereller Aufnahmestopp“ für Asylsuchende sei rechtlich nicht machbar. Mit den Gegenstimmen aller Fraktionen außer der AfD wurde die Drucksache abgewiesen.

Antrag AfD Drucksache 8/4437

Europäische Agrarpolitik auf dem Prüfstand

Ein Agrarland wie MV sei auf die Finanzen aus dem EU-Landwirtschaftsprogramm Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) angewiesen, erklärte Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD). Doch die letzte GAP-Reform enttäuschte. Jetzt bestünde die Chance, Bürokratieabbau, Umwelt- und Klimaschutzanreize, angemessene Budgets und klare Strukturen einzufordern und vor allem Ökonomie, Ökologie sowie soziale Tragfähigkeit in Einklang zu bringen. Darum setzten SPD und DIE LINKE in ihrem Antrag den Schwerpunkt auf einen fairen Ausgleich der hohen deutschen Produktionsstandards und eine zielorientierte „Ökologisierung der Landwirtschaft“. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus (SPD) berichtete, dass er sich am Rande der Grünen Woche in Berlin mit den Agrarministern der Neuen Länder beraten habe. Gemeinsam mit Sven Schulze, Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt, werde er das Ergebnis dem EU-Kommissar für Landwirtschaft Christophe Hansen vortragen. Jens Schulze-Wiehenbrauk (AfD) warf dem Minister vor, es habe sich seit Jahren nichts für die Landwirte verbessert. Deren guten Leistungen seien „trotz der schlechten Politik“ errungen worden. Vor sechs Wochen haben die Regierungsfractionen einen nahezu gleichen CDU-Antrag „in Bausch und Bogen“ verworfen, kritisierte Thomas Diener (CDU). Nun werde „dieser Popanz“ aufgeführt, damit der Minister in Brüssel

„nicht mit leeren Händen“ dastünde. Angesichts der Wichtigkeit beantrage er die Überweisung. Die CDU habe in ihrem Antrag „alles versprochen, ohne an finanzielle Grenzen zu denken“, begründete Dirk Bruhn (DIE LINKE) die Ablehnung. Es ginge jetzt darum, Weichen für eine „nachhaltige und krisenfeste“ Landwirtschaft zu stellen. Mit der GAP wurden weder die Umweltziele erreicht noch die Bürokratie reduziert, zeigte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf. Darum schlage seine Fraktion in ihrem Änderungsantrag die Kopplung der Ernährungssicherheit an die Ziele des Klima- und Biodiversitätsschutzes vor. Auch Sandy van Baal (FDP) begrüßte eine weitere Diskussion im Ausschuss, denn die insgesamt „vage“ Drucksache liste dennoch „die drängendsten Probleme der aktuellen Förderpraxis“ auf.

Mit den Gegenstimmen von DIE LINKE und SPD bei sonstiger Zustimmung wurde die Überweisung abgelehnt. Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde nur vom Antragsteller befürwortet und ansonsten abgelehnt.

Der Antrag selbst wurde mit den Stimmen von DIE LINKE, SPD, FDP angenommen. Die AfD war gegen den Antrag; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU enthielten sich.

Antrag SPD, DIE LINKE
Drucksache 8/4511
Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/4565





Polizeipräsenz beim Tag der deutschen Einheit 2024

Foto: nordreport

Antrag zur inneren Sicherheit beraten

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in MV ist nach Ansicht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Daniel Peters rapide gesunken. Das habe mit Naherfahrungen und dem täglichen Bewegen im öffentlichen Raum zu tun. Die CDU forderte deshalb unter anderem den Ausbau der Sicherheitsvorsorge, die gezielte Förderung der Cybersicherheit, den Schutz kritischer Infrastrukturen und die Reform der Nachrichtendienste. „Wenn Menschen sich nicht sicher fühlen, dann ist uns das ein Anliegen“, betonte Innenminister Christian Pegel

(SPD). Es entstehe allerdings der Eindruck, dass die CDU-Fraktion den Unions-Innenministern im Bund 16 Jahre totales Versagen und in diesem Bundesland 15 Jahre totale Arbeitsverweigerung vorwerfe. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer warf der CDU-Fraktion vor, in ihrem Antrag frühere AfD-Forderungen eins zu eins abgeschrieben zu haben. „Das macht diesen Antrag nicht schlechter.“ Dieser CDU-Antrag zeige deutlich, dass die AfD wirkt. Steffi-Pulz-Debler (DIE LINKE) lehnte die Antworten der CDU-Fraktionen auf die schrecklichen Gewalttaten ab. Die Antworten seien unmenschlich und verschleierte die Ursachen und Schicksale von Menschen auf der Suche nach

Schutz. Eine Abkehr von der Antistimmung gegen Menschen sei notwendig. Die Forderungen der CDU entlarven sich nach Ansicht der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Constanze Oehrich, als gefährliches Wahlkampfgetöse. Es müssten langfristig tragfähige Lösungen geschaffen werden. „Das geht anders, als die CDU das in ihrem Antrag vorschlägt.“ Die wahltaktischen Manöver sind nach Worten des Fraktionsvorsitzenden der FDP, René Domke, auf mehreren Seiten des politischen Spektrums zu spüren. Die Migrationspolitik sollte jetzt endlich aus der Mitte heraus gestaltet werden. „Das, was wir hier erleben, ist doch eine Schmierkomödie.“ Die CDU-Fraktion stelle die Handlungsfähigkeit des Staates, gar die Demokratien infrage, sagte Dagmar Kaselitz (SPD). „Was zeichnen Sie ein Bild von MV, was zeichnen Sie ein Bild von Deutschland.“ Sie dagegen erlebe das Land ganz anders.

Der Antrag der CDU wurde in mehreren Einzelabstimmungen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der CDU Drucksache 8/4513

Nachbesserungen der Grundsteuerreform gefordert

Anfang des Jahres sorgten die neuen Grundsteuerbescheide für Verwirrung und Unverständnis, begründete der Fraktionsvorsitzende René Domke (FDP) den Antrag seiner Fraktion. Kaum ein Bürger könne die Berechnung nachvollziehen und viele entluden ihre Frustration bei der kommunalen Verwaltung. Dabei liege die Verantwortung für die Grundsteuerreform beim Bund. Die FDP-Fraktion erwarte nun als „das Mindeste“ eine „ehrliche Evaluation“ der Grundsteuerkalkulation und dort „nachzusteuern und nachzubessern“, wo es zu „Verwerfungen“ gekommen sei.

In Vertretung für den Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) verteidigte Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank (parteilos) das Berechnungsverfahren. Sowohl der Bund als auch das Land plane eine Evaluierung. Dennoch werde es keine „Reform der Reform“ geben. Enrico Schult (AfD) erinnerte an die „nicht optimale“ Kommunikation zwischen Bundesfinanzminister und Ländern. Sei-

ne Fraktion befürworte den Antrag, da auf keinen Fall der „schwarze Peter“ den Kommunen zugesteckt werden dürfe. Kurzfristige Handlungsoptionen wurden von SPD und DIE LINKE im Vorfeld verworfen, kritisierte Marc Reinhardt (CDU). Darum stimme seine Fraktion dem Antrag zu, weil weiterhin Handlungsbedarf bestehe. Es gelte zu überlegen, ob die Messbeträge angepasst oder unterschiedliche Hebesätze angesetzt werden sollten. Dirk Bruhn (DIE LINKE) warnte vor differenzierten Hebesätzen, da diese durch ein Gericht verworfen werden könnten und die Gemeinden dann das volle Risiko trügen. Er plädierte für weitere Beratungen nach Verfügbarkeit aller Daten. Die Grundsteuerreform sei ein Beispiel, wie eine sinnvolle Sache schlecht erklärt wurde und das „angeschlagene Vertrauen in funktionierende staatliche Strukturen“ untergraben werde, schätzte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein. Das „letzte Wort“ sei hier noch nicht gesprochen. Darum schließe sich seine Fraktion der FDP an.

Tilo Gundlack (SPD) erkannte keine Notwendigkeit für diesen FDP-Antrag. Seine Fraktion sei dafür, die Auswirkungen der Grundsteuerreform „in Ruhe“ durchzugehen und dann Korrekturen zu überlegen.

Die FDP beantragte eine namentliche Abstimmung. Diese wurde erstmalig im Landtag von MV elektronisch durchgeführt. 66 Abgeordnete gaben ihre Entscheidung in ein Handgerät ein. Mit 29 Ja-Stimmen und 37 Nein-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Das detaillierte Abstimmungsergebnis wurde kurz nach dem Votum auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht, die Ergebnisse sehen Sie beim Scannen des QR-Codes.

*Antrag FDP
Drucksache 8/4505*



Wolfgang Waldmüller, CDU

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Gutachten zur Südbahn

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister! „Südbahn“ ist der Oberbegriff, beschäftigt uns hier im Parlament seit langen, langen Jahren. Jetzt geht es um die Wiederbelebung der Strecken Neustadt (Dosse)–Karow–Güstrow oder Parchim–Karow–Waren (Müritz).

Dazu ist mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammen eine Untersuchung in Auftrag gegeben worden. In meiner Kleinen Anfrage vom 27.02.2024 wurde uns mitgeteilt, dass das Gesamtgutachten zum Streckennetz bis Ende 2024 abzuschließen ist. Und daher meine Nachfrage, verständlicherweise, wir warten ja alle dringendst darauf, um reagieren zu können: Was ist denn nun? Gibt es dieses Gutachten, gibt es das nicht? Gibt es Teile davon? Wie auch immer, wie ist der Stand?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Waldmüller, ja, das Gutachten ist in Bearbeitung. Ich kann Sie beruhigen. Ich wäre sehr gerne am Montag dabei gewesen, bei der Bahnfahrt von Neustadt (Dosse) nach Güstrow und zurück. Ich glaube, wir haben ja alle vermutlich den NDR-Bericht dazu gehört. Es sind zwei Themen in Untersuchung. Zum einen haben die Länder den Zuschlag für eine Potenzialuntersuchung zu einem zukunftsfähigen Angebots- und Infrastrukturkonzept für Südmecklenburg und die Prignitz beauftragt, und quasi parallel dazu wurde eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeleitet.

Was die Termine anbetrifft oder was die Varianten anbetrifft, ich denke, das werden Sie möglicherweise auch schon wissen, im Rahmen der Potenzialanalyse wurden zwei Betriebsvarianten entwickelt, eine Maximalvariante, welche sich an dem Konzept der Bürgerinitiative ausrichtet, und unabhängig davon eine optimierte Minimalvariante, die auf eine schnelle und zuverlässige Erschließung der Region auf der Strecke im Stundentakt abzielt. Eine Finalisierung – jetzt kommen wir zur Beantwortung der Untersuchungen – ist Ende des ersten Quartals 2025 vorgesehen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Waldmüller, möchten Sie eine Nachfrage stellen?



Minister Dr. Wolfgang Blank

Wolfgang Waldmüller, CDU: Gerne. Das heißt dann, Ende des ersten Quartals. Was ist denn der Grund für die Verzögerung?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Das kann ich Ihnen jetzt im Augenblick, muss ich sagen, ehrlich gesagt, nicht sagen. Ich sage mal, da müssen wir mal gucken, wer wo wie unterwegs ist. Also ich glaube, da müssen wir auch die verschiedenen, wie sagt man, Strukturen uns anschauen.

Es ist ja nicht so, dass die Deutsche Bahn und andere und auch die Akteure, die des Weiteren beteiligt sind, hier komplett unaktiv sind. Ich glaube, wir müssen auch vermitteln in alle Richtungen, dass, wenn wir an Infrastrukturprobleme herangehen, die uns länger befassen, und auch an Ausbauten, dass das mit gewissen Zeitläufen zusammenhängt.

Umgekehrt, glaube ich – und da kennt man mich auch gut –, ist es immer gut, vor der eigenen Türe zu kehren. Das sehe ich in diesem Fall, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Wir haben hier externe Auftraggeber. Man kann sich sicher auch noch mal das Thema Ausschreibungspraxis und Ähnliches anschauen. Ich glaube, das ist ein vielschichtiges Problem. Ich bin bei den drei Monaten jetzt erst mal relativ gelassen, werde mich aber dazu auch noch mal etwas schlauer machen, was jetzt die drei Monate anbetrifft. – Danke schön!

Verlässlichkeit des Schienenersatzverkehrs

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Blank, am 3. Januar – viele von uns werden sich vielleicht erinnern – hat es in weiten Teilen des Landes, so auch in Neubrandenburg, geschneit, nicht ungewöhnlich für die Jahreszeit und auch lange in den Medien vorab angekündigt. Die Straßen waren witterungsbedingt eingeschränkt befahrbar. Der Schienenersatzverkehr war jedenfalls nicht witterungsbedingt beeinträchtigt. Das hat allerdings zu einem Problem geführt.

Der „Nordkurier“ berichtete dazu über die Erfahrungen eines Fahrgastes, eine Frau, die in dem Zug saß, der gegen 20:30 Uhr in Burg Stargard ankam. Bereits im Zug war angekündigt worden, dass der Schienenersatzverkehr sich etwas verspäten würde. Der Busfahrer, der dann 15 Minuten später den Bahnhof erreichte, erklärte dann aber den Reisenden, und das waren 20 bis 30 Personen, die nach Neubrandenburg und/oder ... nein, nach Neubrandenburg und Demmin weiterfahren wollten, allerdings, dass er nicht weiterfahren würde, sondern Feierabend macht. Ohne weitere Informationen und Versorgung wurden die Fahrgäste dort stehen gelassen. Und wer Burg Stargard kennt, weiß, dass das nicht sehr vergnüglich ist. Da gibt es keine Mög-

lichkeit, sich unterzustellen, da gibt es keine Möglichkeit, einzukehren um die Zeit. Die Servicenummer der Bahn war nur bis 20:00 Uhr besetzt, also es lief Dauerschleife: Ist jetzt keiner mehr erreichbar, melden Sie sich morgen früh. Die Reisenden waren dort auf sich gestellt, Taxis gabs auch nicht.

Und deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Vereinbarungen sind in den Verträgen über den Schienenersatzverkehr getroffen worden, um Reisende auch in solchen Situationen verlässlich zu transportieren oder eben zu versorgen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Frau Wegner, ich spüre nach wenigen Tagen im Amt, dass es an etlichen Stellen Kommunikationsprobleme zwischen den am Thema Bahn beteiligten Trägern gibt.

Ich hatte ja am 6. Januar nach der Eröffnung des Bahnhofs im Industriepark Schwerin auch Gelegenheit, mit Herrn Kaczmarek zu sprechen. Da ging es dann unter anderem auch um das Thema der Erreichbarkeit der Region Neubrandenburg. Ich glaube, wir müssen hier einen Modus der Kommunikation finden, der kundenfreundlich ist, der servicefreundlich ist. Ich habe mir aber auch auf der anderen Seite berichten

lassen, und das hatte ich ja vorher auch bei dem anderen Thema angedeutet, dass es sich um eine nicht ganz einfache Situation handelt, damit umzugehen. Aber es gibt natürlich gewisse Grundanforderungen.

Ich werde das Thema gerne mitnehmen, vermitteln, aber auch da, glaube ich, bin ich hier gerne, ich will jetzt nicht sagen, der Postbote, das wäre zu wenig. Ich werde das versuchen, auch energisch und klar rüberzubringen. Aber ich sage mal, da müssen wir schon auch schauen, ja, wie wir das Thema insgesamt in den Griff bekommen. Da gibts, und das ist ein großes Thema, und das ist ja die gute Nachricht, dass investiert wird. Mein Credo – auch im Haus und darüber hinaus – ist immer: Wir müssen die Kommunikation entsprechend steuern und wir müssen aus Sicht des Kunden denken.

Die Erklärung, dass ein gewisser Sachverhalt an dem und dem Tag eingetroffen ist und wir das leider nicht machen konnten, ist mir da auch zu wenig. Und mehr kann ich jetzt zu dem konkreten Fall wirklich nicht sagen. Ich würde es mir auch noch mal schriftlich anschauen, aber, ich glaube, da gehts eher – da können wir vieles schriftlich vereinbaren, ich glaube, das müssen wir auch –, diese Zusammenarbeit müssen wir gemeinsam noch besser leben. Das ist sicher ein Punkt.

Minister Dr. Wolfgang Blank

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Fotos: Danny Gohlke

Fotos: Uwe Sinnecker

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Wegner, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, es ist ja nicht das erste Mal, sonst hätte ich es auch nicht, ne, wenns schneit, haben wir im Land immer die Situation, dass die Katastrophe am ersten Tag da ist, weil niemand sich drauf einstellt. Aber das ist ja nicht das erste Mal, dass genau solche Situationen stattfinden, dass die Bahnkunden auf den Bahnsteigen stehen bleiben, weil irgendetwas nicht weitergeht und es keine, null Kommunikation gibt in irgendeine Richtung.

Meine Frage ist deshalb an der Stelle: Beabsichtigt die Landesregierung, in

den Verträgen mit den Bahnunternehmen hier Vorkehrungen zu treffen? Ich hatte das bei der Einführung des 9-Euro-Tickets auch schon einmal in einer Kleinen Anfrage gefragt und eine Antwort gekriegt, die ich nicht zufriedenstellend fand, dass man gesagt hat, ist nicht unser Tisch und da kümmern wir uns nicht drum. Aber deshalb meine Frage: Besteht die Absicht, für solche Situationen auch tatsächlich strafbewehrte Regelungen in den künftigen Verkehrsverträgen für den Regionalverkehr festzulegen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Also da würde ich wirklich jetzt mal nachschauen wollen – und da bitte ich auch um Verständnis, die Verträge im Detail sind mir jetzt nicht bekannt, das lasse

ich mir gerne auch noch mal zeigen –, da würde ich auch noch mal schauen, wie generell die Vereinbarungen mit der Bahn sind. Ich glaube, es gibt über das Thema, dass wir das juristisch regeln können, wirklich die Frage des gemeinsamen Verständnisses und auch die Frage der Kommunikation in die Richtung.

Damit will ich es nicht abtun, dass man dann nachher es schöner erklärt, dass es nicht geklappt hat, sondern am Ende ist es der Weg, das noch klarer rechtlich zu regeln, wobei ich da in zugegeben wenig Kenntnis meine, ja, Zurückhaltung habe, weil ich glaube, da gehts um andere Themen. Das werden wir auch rechtlich kaum in den Griff bekommen können. Das wäre noch eine Variante, aber ich glaube, schwierig umzusetzen.

Einführung der Bezahlkarte

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister Pegel, guten Morgen! Sie selbst haben vor zwei Tagen in einer Pressemitteilung die Einführung der Bezahlkarte einmal öffentlich verkündet. Dort haben Sie gesagt, dass 13 registrierte Neuzugänge, 8 davon in Stern Buchholz und 5 in Nostorf-Horst in der Erstaufnahmeeinrichtung, jeweils damit ausgestattet worden sind. Insgesamt lägen 3.000 Karten vor, die von dem niederländischen Unternehmen Yoursafe zur Verteilung zur Verfügung gestellt werden.

Jan-Phillip Tadsen, AfD

Nun haben wir ja in den letzten Wochen Berichte darüber gehört, dass zum Beispiel die GRÜNEN in Bayern den systematischen Missbrauch der Bezahlkarte unterstützt haben. Auch Berichte über ein ähnliches Vorgehen aus Hamburg und Thüringen liegen vor und auch der SPD-Politiker Thomas Beyer aus Wismar hat die Einführung dieser Karte als unmenschlich beschrieben.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD
– Zuruf von Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Herr Minister, prüfen Sie als Ministerium, ob es eine Möglichkeit des Gutscheinkaufs mit der Karte gibt, und, wenn ja, wie diese eingeschränkt werden kann?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst konzentrieren wir uns zurzeit auf die Einführung der Bezahlkarte. Selbstverständlich werden wir, nachdem sie eingeführt ist, uns immer wieder anschauen, ob wir das Gefühl haben, es gibt Fehlentwicklungen, technische Fehlentwicklungen,

Minister Christian Pegel



Nutzungsfehlentwicklungen, Verständnisfehlentwicklungen. Das gehört bei einem neuen Projekt dazu.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Jaja!)

Ihre Annahme haben wir schon einmal im Innenausschuss diskutiert. Um Ihnen ein Gefühl zu geben, wir haben gerade 3.000 Karten für die Erstaufnahmeeinrichtung bekommen. Das gibt in etwa ein Gefühl von der Dimension der Einführung. Die ist noch einmal circa doppelt so groß. Selbst wenn es einzelne Beteiligte gäbe, immer im Konjunktiv, die sagen, ich bin jetzt bereit, mit jemandem, der eine Bezahlkarte hat – die ist am Ende nichts anderes als eine Visakarte oder eine EC-Karte, ich gehe einkaufen und bezahle am Ende eben nicht bar, sondern lege die Karte drauf, was für viele Menschen in ihrem Alltag so selbstverständlich ist, dass sie den Diskriminierungsfaktor vermutlich nicht ganz leicht werden nachvollziehen können, weil sie sagen, das mache ich doch auch täglich –, also wenn ich das zur Grundlage mache, dass das die Karte kann, und jemand sagt, ich möchte aber, dass jemand mehr Bargeld hat, als wir ihn mit der Karte abheben lassen, wir beschränken ja bei der Karte pro Monat die Barabhebung pro Person auf 50 Euro, wenn das also der Fall wäre, müsste ich lauter Einkaufspaten finden.

Jan-Phillip Tadsen, AfD



Ich als derjenige, der eine Bezahlkarte hat, müsste jetzt jemanden finden, der mit mir zusammen einkaufen geht, der dann seinen Einkauf von mir bezahlen lässt, um mir hinterher beispielsweise das Geld in bar zu geben oder Ähnliches. Und wenn ich diese verschiedenen Facetten mir anschau, kann ich mir allenfalls Einzelfälle vorstellen. Ich glaube nicht an eine ernsthaft realistische Umsetzung eines systematischen Missbrauchs auf so einer Organisationsgrundlage.

Ich glaube im Übrigen, dass die meisten derer, die wir mit der Bezahlkarte ausstatten, da völlig undramatisch mit umgehen werden und sich selbst auch nicht als diskriminiert empfinden werden, weil sie ihrerseits das als etwas sehr Selbstverständliches empfinden, dass man mit einer Karte bezahlt. Noch mal, das ist ja nichts, wo ich auf einmal auffalle im Supermarkt, sondern wenn man ehrlich ist, fallen Sie an der Kasse eher auf, wenn Sie bar bezahlen. Das ist immer mein Bauchgefühl, die meisten legen heute ihre Karte drauf.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Tadsen, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja. Frau Präsidentin! Herr Minister! Nun gibt es ja eine Intention hinter dieser Karte. Sie selbst schreiben in Ihrer Pressemitteilung davon, dass es ein großer Auf-

wand war, diese Karte einzuführen. Sie hat ja quasi eine politische Motivation, die auch in dieser Bargeldfrage gestellt wird. Dieser Missbrauch, der ja in Bayern auch von führenden Politikern sehr deutlich formuliert worden ist und der ja tatsächlich über Büros, wo GRÜNE selber quasi organisatorisch eingebunden sind, betrieben wurde, das ist ja eine politische Fragestellung, die auch erst gestern im Bundestag noch einmal diskutiert worden ist.

Ich frage Sie noch einmal ganz genau: Gibt es eine Prüfung in Ihrem Haus, inwieweit man das unterbinden könnte, ja oder nein?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir prüfen erst, wenn wir tatsächlich das Gefühl haben, es geschieht etwas, und nicht in die Fiktion hinein.

Zweitens. Ja, die Einführung ist aufwendig, aber der Aufwand lohnt sich deshalb, weil die monatliche Auszahlung von Bargeld an eine Vielzahl von Beteiligten so viel Aufwand pro Monat macht, dass es sich lohnt, einmal Aufwand zu betreiben auf kreislicher Ebene und auf Landesebene und die Bezahlkarte einzuführen, hinterher aber die monatlichen Auszahlungen eben dann viel leichter digitalisiert umzusetzen.

Minister Christian Pegel



Wir haben zurzeit hier, zumindest nach meinem Kenntnisstand, keine Anzeichen dafür, dass es in Größenordnungen „Missbrauchsbemühungen“ gäbe – mit Anführungszeichen –, weil man dann diskutieren muss, was dann am Ende der Missbrauch ist. Und ich würde mir dann noch einmal

die konkreten Sachverhalte anschauen. Ich habe eben dafür geworben, dass zumindest die Einkaufspatenschaft für mich eine sehr theoretische Variante ist, die ich für nur sehr begrenzt und zeitlich allenfalls in wenigen Einzelfällen für realistisch halte. – Herzlichen Dank!

Zukunftskonzept der Fachhochschule Güstrow

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Die Fachhochschule Güstrow ist uns ja allseits bekannt. Wir wissen, das ist die Stelle, wo unser Nachwuchs der Polizei und aber auch der Verwaltung hier fürs Land ausgebildet wird und die somit essenziell ja auch für unsere Landesverwaltung hier ist.

Das Zukunftskonzept wurde jetzt an vielen Stellen immer wieder angesprochen, allein, gesehen haben wir es noch nicht. Und meine Frage ist: Wann können wir uns denn im Innenausschuss damit beschäftigen?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine ganz kleine Ergänzung erlauben Sie mir, Herr Abgeordneter, es ist auch noch die Hochschule der Justiz. Wir bilden also auch Rechtspfleger und künftig sogar – das ist Inhalt des Konzeptes – Justizfachwirtinnen und -fachwirte aus für

die Geschäftsstellen, die sonstige Tätigkeit. Aber ja, Polizei, Verwaltung, Justiz bleiben an dem Ort.

Wir haben das Konzept im Kabinett am Dienstag beschlossen. Nach meiner Erinnerung bin ich jetzt gebeten und beauftragt, das dem Landtag zuzuleiten. Ob das schon geschehen ist oder in den nächsten Tagen geschieht und welche Abläufe es dann braucht, bis es eine Drucksachenummer hat, vermag ich von hier aus nicht zu sagen, geht aber auf einem ganz geordneten Wege diesem Hohen Hause zu beziehungsweise zumindest den Mitgliedern des Innenausschusses. Ich bin immer nicht sicher, wie breit diese Drucksachen dann gestreut werden.

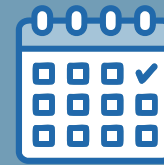
Präsidentin Birgit Hesse: Herr Wulff, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Nö. Ich freue mich zu lesen.

David Wulff, FDP



TERMINE 2025



Hier können Sie mit dem Landtag MV ins Gespräch kommen

01 Juni	UNESCO-Welterbetag & Kindertag im Burggarten Schwerin
15 Juni	Tag der offenen Tür im Schweriner Schloss
20-22 Juni	MV-Tag in Greifswald
27 Juli	Jubiläum: „1 Jahr Welterbe“ im Schweriner Schloss
29-31 August	Leistungsschau in Pasewalk
14 September	Tag des offenen Denkmals im Schweriner Schloss



Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. Februar 2025

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4261	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4262	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4263	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bauproduktenmarktüberwachungsgesetzes, der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, des Architekten- und Ingenieurgesetzes und der Kommunalverfassung	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4371	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4372	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4373	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrkräftebildungsgesetz – LehrkräftbildG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2024 in Beratung
8/4498	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4499 8/4500	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025) hierzu ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025	Landesregierung	Finanzausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4465	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung
8/4501	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 29.01.2025 Ablehnung der Überweisung
8/4507	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg	Landesregierung	Rechtsausschuss	1. Lesung: 29.01.2025 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 29. Januar 2025 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/4097	Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 25.09.2024 2. Lesung: 29.01.2025	Annahme
8/4283	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	SPD, CDU, DIE LINKE, FDP BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,	1. Lesung: 13.11.2024 2. Lesung: 29.01.2025	Annahme
8/4384	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 11.12.2024 2. Lesung: 29.01.2025	Annahme



Havariertes Öltanker „Eventin“

© dpa/-

Havarievorfall des Tankers „Eventin“

64. Sitzung des **Agrarausschusses**

In der 64. Sitzung des **Agrarausschusses** unter der Leitung der Vorsitzenden Dr. Sylva Rahm-Präger, lud der Ausschuss den Leiter des Havariekommandos, Dr. Robby Renner ein.

Dieser informierte über den Havarievorfall des Tankers „Eventin“ am 10. Januar 2025, welcher sich nördlich von Rügen ereignete.

Dr. Renner erklärte, dass das Havariekommando die Einsatzleitung übernahm und durch eine enge Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen eine Ölkatastrophe erfolgreich verhindert werden konnte. Die Besatzung wurde unter schwierigen Wetterbedingungen versorgt, und

die Gefahr für die Umwelt konnte erfolgreich abgewendet werden.

Zusätzlich hob der Ausschuss die Bedeutung internationaler Regelungen hervor, um die Sicherheit auf See zu gewährleisten und künftigen Risiken vorzubeugen. Der Ausschuss, wie auch der Agrarminister Dr. Till Backhaus, wendeten sich in diesem Zuge dankbar an den Leiter des Havariekommandos, Dr. Robby Renner und an sein Team.

Nach Antrag der SPD und FDP (ADrs. 8/443 und 8/444) ließ sich der Agrarausschuss, durch das Ministerium für Klimaschutz und Landwirtschaft, über die Maul- und Klauenseuche (MKS), informie-

ren. Dabei wurde die aktuelle Situation in M-V thematisiert. Zwar gibt es bisher keinen positiven Fall in Mecklenburg-Vorpommern. Die zuständigen Veterinärämter sind informiert, und umfangreiche Untersuchungen laufen, um eine Verbreitung der Seuche zu verhindern.

Die Ausschussmitglieder betonten dabei die Wichtigkeit angepasster Maßnahmen und forderten, zukünftige Entscheidungen auf Basis aktueller Erkenntnisse zu treffen.

Hier gelangen Sie zu dem Video-Statement der Vorsitzenden Dr. Rahm-Präger zu den Themen „Eventin“ sowie „Maul- und Klauenseuche“.

Situation zur Maul- und Klauenseuche (MKS)

65. Sitzung des **Agrarausschusses**

In der 65. Sitzung des Agrarausschusses ließen sich die Abgeordneten des Ausschusses über die aktuelle Situation zur Maul- und Klauenseuche (MKS) informieren. Dabei berichtete das Ministe-

rium über einen Verdachtsfall auf MKS, der sich nicht bestätigte. Vorbeugende Maßnahmen, wie die Aktivierung von Impfstoffen wurden dennoch diskutiert. Der Ausschuss betonte abermals

die Bedeutung eines umsichtigen Krisenmanagements und lobte die schnelle Reaktion der zuständigen Behörde, inklusive des Loeffler-Institutes auf der Insel Riems.



Tilo Gundlack, MdL

Pläne der EU-Kommission zur Neuausrichtung der Kohäsionspolitik

Tilo Gundlack, MdL bei der 164. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen in Brüssel

Vom 19. Februar bis 21. Februar 2025 vertrat der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns während der konstituierenden, 164. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel. Zudem hat er an den beiden konstituierenden Sitzungen der Fachkommissionen für Wirtschaft (ECON) und für Natürliche Ressourcen (NAT) teilgenommen.

Im Anschluss an die Neukonstituierung des AdR für dessen achte Mandatsperiode verabschiedeten die Mitglieder insgesamt drei Stellungnahmen. Außerdem ist der Abgeordnete erneut als stellvertretendes Mitglied im AdR-Präsidium bestätigt worden.

Diese befassten sich im Kern mit folgenden Themen: der Programmplanung für den ländlichen Raum (LEADER und CLLD) nach 2027, der Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie sowie mit Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) in regionalen Wertschöpfungsketten.

Außerdem debattierten die AdR-Mitglieder vor der Wahl ihrer neuen Präsidentin, Kata Tüttö, mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Antonio Costa.

Einen Mittelpunkt der Diskussionen bildete der Austausch mit EU-Kommissar für Kohäsionspolitik, Raffaele Fitto. Streitig besprochen wurde dabei das von der EU-Kommission angestrebte Konzept zur Zentralisierung der Kohäsionspolitik. Die AdR-Mitglieder hinterfragten kritisch, wie ein einzelner nationaler Plan pro Mitgliedsstaat die kohäsionspolitische Steuerungsfähigkeit der Gemeinden und Regionen Europas aufrechterhalten könne. Tilo Gundlack, MdL nutzte den Brüsselaufenthalt auch, um dieses Thema mit dem Mitglied des Europäischen Parlaments für Mecklenburg-Vorpommern, Sabrina Repp zu diskutieren. „Etwaige Pläne der EU-Kommission zur Zentralisierung der Fördermittelvergabe lehne ich ab. Die Vergabep Praxis muss regional verankert bleiben und die Mitentscheidung der Regionen beibehalten“, so der Landtagsabgeordnete Gundlack.

Des Weiteren debattierten die AdR-Mitglieder mit dem für Wohnungswesen zuständigen EU-Kommissar Dan Jørgensen über die Wohnkrise – 900.000 Menschen in der EU sind derzeit obdachlos, während in der EU die Mieten seit 2010 um ein Viertel und die Hauspreise um die Hälfte gestiegen sind. Im Jahr 2024 konnten 50 Millionen Menschen es sich nicht leisten, ihren Wohnraum richtig zu heizen. Die AdR-Mitglieder wiesen in diesem Zusammenhang auf die zu geringe Energieeffizienz, den Investitionsstau sowie den zu geringen Sanierungsgrad des Wohnraums und auf die Problematik der Kurzzeitvermietung hin, die zur Wohnraumverknappung und damit zu steigenden Immobilien- und Mietpreisen führt.

Verfassungsänderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Schutz des jüdischen Lebens

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ auf Drucksache 8/4283 während seiner 90. Sitzung am 13. November 2024 an den Rechtsausschuss überwiesen.

Bislang fehlte in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein expliziter Verfassungsauftrag, der den Schutz und die Förderung des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur beinhaltet. Daneben gilt es auch, deutlich zu machen, dass Nationalsozialismus und Antisemitismus verfassungswidrig sind. Der Ort, wo dies verankert werden soll, ist der Artikel 18a der Verfassung des Landes. Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird in Artikel 18a ergänzt, um dem Ziel der Zurückdrängung nationalsozialistischer und antisemitischer Bestre-

bungen Ausdruck zu verleihen. Hiermit verbunden wird die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und die Verantwortung jedes Einzelnen, den verfassungswidrigen Handlungen entschieden entgegenzutreten. Die Verfassung wird zudem um das Staatsziel ergänzt, vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung Deutschlands das jüdische Leben und die jüdische Kultur zu schützen und zu fördern. Zu dem Gesetzentwurf hat der Rechtsausschuss eine Beratung mit dem Beauftragten für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Staatssekretär a.D. Nikolaus Voss, durchgeführt. Hervorgehoben wurden dabei der Wert der Verfassungsänderung und die weitreichende und gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Auch Gesetzgebung und Rechtsprechung könnten dadurch beeinflusst werden.

Schließlich hat der Rechtsausschuss den Gesetzentwurf mehrheitlich emp-

fohlen, Gesetzentwurf unverändert anzunehmen, vgl. Drs. 8/4534. In der Landtagsitzung am 29. Januar 2025. Michael Noetzel, Vorsitzender des Rechtsausschusses, betonte, „eine Verfassungsänderung ist stets etwas Besonderes, nicht nur, weil hierfür Mehrheiten und Kompromisse notwendig sind, die über die Grenzen einer Regierungskoalition hinausgehen.“ Es sei nicht bloßes Papier, sondern eine Weiterentwicklung angesichts eines beunruhigenden Dauerzustandes. In Zeiten, in denen nichts mehr selbstverständlich sei, sei die Verfassungsänderung eine notwendige Ergänzung und Klärstellung.

Die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig erklärte, dass es sich bei der Verfassungsänderung nicht um eine Laune des Zeitgeistes handele, es gehe vielmehr um eine Verantwortung, die Mecklenburg-Vorpommern für die Geschichte habe.

Trauerbeflaggung am Schweriner Schloss

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gedachte mit einer Trauerbeflaggung am 18. Februar 2025 den früheren Bundespräsidenten Horst Köhler, der am 1. Februar 2025 nach schwerer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstarb.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Mit Horst Köhler verliert Deutschland einen Politiker, der einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt besaß. Als Bundespräsident war es ihm ein Anliegen, sich aktiv für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einzusetzen. Auch über sein Amt hinaus behielt er immer die Menschen im Blick, die besonders auf Unterstützung angewiesen waren. Horst Köhler wird als engagierter Staatsmann

und vor allem als großherziger Mensch fehlen. Mein aufrichtiges Beileid gilt seiner Familie und allen Angehörigen.“

Horst Köhler amtierte von 2004 bis 2010 als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Zuvor bekleidete der studierte Ökonom und überzeugte Europäer verschiedene bedeutende Ämter im In- und Ausland. Von 1990-1993 war er als Staatssekretär des Bundesministeriums für Finanzen maßgeblich an Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung und zum Maastricht-Vertrag beteiligt. Als späterer Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie als Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington nahm er zudem Verantwortung

auf internationaler Ebene wahr. In seiner politischen Laufbahn setzte Horst Köhler sich, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungsländer, wiederholt für eine nachhaltige und faire Gestaltung der Globalisierung ein. Ein Herzensanliegen war ihm stets das Engagement für den afrikanischen Kontinent und die Stärkung der deutsch-afrikanischen Beziehungen.



Zu Gast im EU-Parlament

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp, hat am 17. Februar an der Tagung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) teilgenommen. Der Ausschuss kam unter der Beteiligung Europäischer Abgeordneter in Brüssel zusammen, um aktuelle Fragen rund um den Ostseeraum zu besprechen und die diesjährige BSPC-Konferenz vorzubereiten. Im Vordergrund standen Themen wie der Krieg in der Ukraine und die Schiffssicherheit in der Ostseeregion.

Im Rahmen der Tagung hatten die Teilnehmenden zudem die Gelegenheit für bilaterale Gespräche. Unter anderem tauschte Vizepräsidentin Schlupp sich mit Rüdiger Strepel aus, der als Exekutivsekretär der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) tätig ist. Gemeinsam vereinbarten sie die Teilnahme Herrn Strepels an der Sitzung des hiesigen Agrarausschusses, der in der kommenden Woche im Landtag MV tagt. Herr Strepel wird bei dem Termin als externer Berichtersteller agieren.



Die Ostseeparlamentarierkonferenz dient als internationales Forum zwischen den Parlamenten in der Ostsee-Region. Die Teilnehmerstaaten und -regionen arbeiten eng zusammen, um gemeinsame Chancen und Herausforderungen im Ostseeraum aufzugreifen. Ein wichtiges Gremium der Konferenz ist der Ständige Ausschuss, der einmal jährlich in Brüssel tagt, um im Vorfeld der Konferenz thematische Schwerpunkte zu erarbeiten.

Werk von Günther Uecker im Landtag



Am 31. Februar 2025 haben Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Abgeordnete des Landtages der feierlichen Einweihung eines Prägedruckes der Edition „UECKER IN SCHWERIN: NEUBAU e. V.“ beigewohnt. Der Künstler Günther Uecker hatte mehrere Prägedrucke an den „Verein Uecker in Schwerin Neubau e.V.“ gestiftet, um so den Anbau für die moderne Kunst am Staatlichen Museum Schwerin zu unterstützen.

Den Prägedruck Nr. 3/100 erwarb der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2017. Nachdem die Baumaßnahmen im Bereich der Konferenzräume im 3. Obergeschoss kürzlich abgeschlossen wurden, wird der Prägedruck von nun an in der Lobby vor dem Demmler-Saal präsentiert.

Günther Uecker wurde 1930 in Wendorf, Mecklenburg, geboren. Er gilt heute als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Künstler Deutschlands. Bekannt wurde er vor allem durch seine Nagelbilder, die er mit reliefartigen Strukturen gestaltete, um Licht und Schatten auf einzigartige Weise zu inszenieren. Ueckers Werke wurden weltweit ausgestellt und mehrfach ausgezeichnet.



Europakonferenz der Landtage in Brüssel

Am 21. und 22. Januar 2025 hat die 1. Vizepräsidentin des Landtages MV Beate Schlupp in Begleitung von Direktor Armin Tebben an der Europakonferenz der Landtage teilgenommen. Im Vordergrund der Tagung standen die Beratungen zur Europa-Erklärung, die im Rahmen der Konferenz verabschiedet wurde.

In ihrer gemeinsamen Erklärung heben die Präsidentinnen und Präsidenten insbesondere den Schutz der Demokratie und der freien europäischen Lebensweise als eine zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre hervor. Dabei betonen sie die Bedeutung der Europäischen Union als Friedensprojekt, das es gegen Bedrohungen von innen wie von außen zu schützen gelte.

Zudem sollen die Regionalparlamente, die als Vermittler zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union fungierten, stärker bei Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene berücksichtigt werden.

Beteiligt an der jährlichen Konferenz sind die deutschen und österreichischen Landesparlamente, der Südtiroler Landtag, der Deutsche Bundestag sowie die deutschen und österreichischen Bundesräte und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Der Vorsitz der Konferenz wechselt in regelmäßigem Turnus: In diesem Jahr hatte der Landtag Baden-Württemberg zusammen mit dem Salzburger Landtag diesen inne.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern beim 16. Aktionstag „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“

Am vergangenen Samstag, den 22. Februar 2025, nahm der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 16. Aktionstag der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Schweriner Schlosspark-Center teil. Mehr als 40 Verbände und Unternehmen boten dort ein abwechslungsreiches Mitmach-Programm, das ganz im Zeichen von Demokratie und Toleranz stand.

Ein Team der Landtagsverwaltung informierte am Stand über die Arbeit des Landtages und stellte umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung. Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten zudem mit Abgeordneten ins Gespräch kommen und ihre Meinungen, Fragen oder Anregungen zur Landespolitik teilen.

Ein besonderes Highlight war das Landtagsquiz, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Wissen rund um den Landtag Mecklenburg-Vorpommern testen konnten. Als Hauptgewinn wurde ein Besuch im Landtag inklusive Schlossführung und einem Essen für zwei Personen vergeben. Das Team des Landtages freute sich über das große Interesse und den persönlichen Austausch vor Ort.

Hintergrund: „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ist ein überparteiliches Bündnis mit mehr als 2.000 Unterstützern. Es setzt sich für zivilgesellschaftliches Engagement und ein demokratisches, weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern ohne Rassismus und Extremismus ein.





Interessierte Bürgerinnen und Bürger können die Plenardebatte des Landtages von der **Besuchertribüne** aus live verfolgen. Entweder vorab angemeldet unter besucherdienst@landtag-mv.de oder auch spontan! Sie benötigen nur Ihren Personalausweis und melden sich am Eingang des Landtages bei der Pforte im Schweriner Schloss. Mit ein bisschen Glück ist noch ein Platz auf der Besuchertribüne für Sie frei.

Der Burggarten ist ganzjährig zu erleben und bietet im Frühling bei steigenden Temperaturen besondere Blicke auf die Architektur, Flora & Fauna. Der Burggarten ist täglich geöffnet. Oder genießen Sie die Besonderheit des Burggartens im Rahmen einer Führung;

buchbar unter:
schlossfuehrung@landtag-mv.de



Am 29. Januar 2025 wurde die erste Sitzungswoche des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr mit der **traditionellen ökumenischen Andacht** in der Schlosskirche eingeleitet. Die Andacht hielt Herr Kirchenrat Markus Wiechert, Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland für Landtag und Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Am Mittwoch einer jeden Landtagssitzungswoche findet um 08:00 Uhr in der Schlosskirche des Schweriner Schlosses die ökumenische Morgenandacht statt. Die Andacht ist öffentlich und eine Anmeldung ist nicht notwendig. Kommen Sie gerne vorbei.